

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.  
 Einschreiben in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7171.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsge/paltene Kolon-  
 nelle ober deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgeben  
 werden. Die Expedition ist an Sonntags-  
 und Feiertagen bis 7 Uhr abends, an Sonns-  
 und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1506.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 7. Februar 1900!

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Magdaburg, U. d. G. U. i. St. 20.—, Kustadt durch F. G.  
 15.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100.—, 2. Kreis  
 400.—, 3. Kreis 500.— (dar. C. U. 20.—), 4. Kreis Südost 1000.—  
 (darunter Staffub Revolution 10.—), 5. Kreis, Rosenbaler Vorst.  
 und Gesundbrunnen 500.— (darunter vom Bezirksbürgermeister  
 3.—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 600.— (darunter Kassaden-  
 wärter Götze u. Großmannstr. 6.25, A. W. Müller 1.—, bei Ramlow  
 über den See gefahren 1.80), Berlin, diverse Beiträge: Hilfsarbeiter  
 der Zeitungsabteilung von Bading 10.—, Dr. L. A. 50.—, Durch  
 Dr. von dem unverbehrlichen R. Kaiser Wilhelmstr. 2.00, deponierter  
 Wunsch 5.—, Sa. 7.90, Ueberführung der Sparkasse der Buchdruckerei  
 von Paß u. Garleb 20.90, Gesangsverein Niederlust 1 20.—,  
 Filiale III durch Bredow 6.—, Cigarrenfabrik R. Schulz, Friedrichs-  
 felderstraße 21, 11.10, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei  
 von Bading 15.—, R. B. 75.—, J. O. 25.—, W. J. in C. 10.—,  
 Schneidemühle Hoffmann, Bierprocente aus dem Keller 2.50, Ple-  
 steteg 1.—, Stereotypen des „Vorwärts“ 10.—, „Niesengebirge“ 2.—,  
 Rote Buchbindeanstalt der Grünstraße, 5.—, Max und Moritz, Groß-  
 felderstraße 2.—, Vertabteilung der Buchdruckerei von Bading 15.—, Von den  
 Verbandsmitgliedern der A. V. f. den Danderei, Georgenstraße, 25.—,  
 P. S. 50.—, A. O. 50.—, A. G. 3.—, Bremerhaven 100.—, Kant-Wilhelms-  
 haven durch R. S. 133.—, Verburg, 4. Quartal 1899 30.—,  
 Bremen, Getränke- Ueberführung von den Arbeitern der Firma  
 Köstermann und Platt 34.70, Breslau, von einem ebe-  
 maligen Gewerkschaftler 4. und 5. Quartalsbeitrag 6.—, Bremen,  
 W. C. 5.—, Bern 50.—, Bamberg, J. Klein Rohrbach 5.—,  
 Grimmitzhan, von den Parteigenossen 200.— (darunter Oktober:  
 R. 3.—, C. D. 2.—, G. S. 0.50, Frz. R. 3.—; November: G. St.  
 1.—, St. in G. 1.50; Januar: die Noten in der Krone durch  
 J. Sch. 2.—, C. Fr. Doppelpost 0.70), Dresden, 5. sächsischer  
 Reichstags-Wahlkreis Dresden-Alstadt 300.—, Kallenberg,  
 (Obererlesien) 12.—, Freiburg i. B., von badischen Genossen 10.—,  
 Greiz, Wahlkreis Neuh. a. V. 50.—, Görlitz, von den Parteigenossen  
 100.—, Gassen, R. L., rote Renjardstraße 1.70, Gotha, d. d. Vertrauens-  
 mann 50.—, Gasteit v. Bremen, v. Parteigen. 10.—, Girschberg i. Schl.,  
 v. Kollegen d. B. d. F., L. G. Deutschlands 1.67, Halle a. S., v. den  
 Parteigenossen 300.—, Hamburg, im Monat Januar i. d. Expedition  
 des „Echo“ eingegangen 184.85, Jena, v. Parteigen. weil unser  
 Ehrenvoll in den Landtag gewählt wurde 100.—, Kreischa,  
 Saalabtreiber, der die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat 7.50,  
 London, Krankengeld Kom. Arb. V., durch C. W. 20.40, Magde-  
 burg, durch den Vertrauensmann 300.—, Mannheim, Arbeiter-  
 Sängerbund 50.—, Mainz, von Parteigenossen, 1. Rate 100.—,  
 Oranienburg, von Lederarbeitern 3.—, Offenburg i. B., von  
 einem alten Offenburger 2.80, Ottenen, durch Pöhlgen, 18. Rate  
 10.—, Oberlangensielau, von Arbeitern a. d. Eulengebirge 100.—,  
 Plettenberg, rote Geburtstagsfeier in der Brachtstraße 6.80, Paris,  
 socialdemokratischer Leseklub 161.20, Pansa i. B., vom Arbeiter-  
 verein von P. und Umgegend 10.—, Pöhlgen bei Werder, rote  
 Geburtstagsfeier bei A. W. 4.15, Reichenhall, vom Leseverein  
 durch den Vertrauensmann G. 20.—, Rawitz, socialdemokratischer  
 Arbeiter- u. Bildungsverein 15.—, Stuttgart, G. U. 10.—,  
 Verden, durch den Vertrauensmann G. 150.—, „Vorwärts“, Ueber-  
 schuß des 4. Quartals 1899 8186.45, Wittenberg 50.—,  
 Weimar, durch den Vertrauensmann Ad. 10.—, Zeitz, Wahlkreis  
 Zeitz-Weißenfels-Raumburg durch den Kreisvertrauensmann 100.—,  
 Berlin, den 6. Februar 1900.

Für den Parteivorstand  
A. Gerich, Kaybachstr. 9.

### Jedem das Seine!

Kaum hat die Bourgeoisie in der Flottenvorlage ein mächtiges  
 Fiskalnetz ausgeworfen, als sich auch schon das Junkertum meldet und,  
 vorbehaltlich aller weiteren Herrlichkeiten, wie Erhöhung der Lebens-  
 mittel-Zölle, die im Kielwasser der herrlichen Kriegsflotte spielen, wie  
 Häufung im Kielwasser des Korjarenstoffs, einzuweisen um eine kleine  
 Abschlagszahlung bittet. Da nun das preussische Wappen zwei wilde  
 Männer führt und darunter geschrieben steht: Saum cuique, Jedem  
 das Seine!, so versteht sich, daß die Regierung dem agrarischen  
 Herzblättern gern ihr Ohr leiht; die arbeitenden Massen könnten  
 am Ende auch das Gleichgewicht verlieren, wenn sie nur auf einer  
 Seite geschoren würden, und nicht nach gleichem Takt auf beiden  
 Seiten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der landwirtschaftliche Minister  
 eine Vorlage angekündigt, die den Kontraktbruch ländlicher  
 Arbeiter kriminell bestrafen soll. Das ist wirklich wieder echt  
 preussisch. Bekanntlich haben die ländlichen Arbeiter noch nicht einmal  
 das Koalitionsrecht; jeder Versuch, sich durch Einstellen der Arbeit  
 günstigeren Arbeitsbedingungen zu erlangen, bringt sie vor den  
 Strafrichter, der bis zu einem Jahr Gefängnis über sie verhängen kann.  
 Unter diesen Umständen ist die kriminelle Bestrafung ihres etwaigen  
 Kontraktbruchs wünschenswert noch unverfälscht, als vor bald dreißig  
 Jahren das gleiche Attentat auf die industriellen Arbeiter war. Ober  
 wenn nicht noch unverfälscht, so doch noch bezeichnender für die unerfüll-  
 liche Gerechtigkeit, womit die agrarischen Schölers auf ihrem Schirm bestehen.  
 Die Industrie konnte sich darauf berufen, daß der Kontraktbruch der  
 Arbeiter je nach dem die Stellung ihrer Ausbeuter im Klassenkampf  
 erschwert habe, und da die herrschenden Klassen die Strafjustiz als  
 eine Waffe betrachteten, die sie unbedenklich in ihrem Klasseninteresse  
 schwingen dürfen, so hatte der berufene Gesegenswurf, der den  
 Kontraktbruch der industriellen Arbeiter strafen sollte, wenigstens  
 einen greifbaren Grund, so sehr es immer ein Hohe auf Recht war.

Wenn bei dem nunmehr auf die ländlichen Arbeiter geplanten  
 Attentat gibt es einen solchen Grund nicht, da es eben keine Strafs-  
 dieser Arbeiter geben darf. Bei ihrer Armut und Unbilligkeit ist es  
 überhaupt ihrer ganzen Lage auf den ostelbischen Latifundien ist es  
 vollkommen ausgeschlossen, daß der Kontraktbruch der ländlichen  
 Proletarier für ihre Ausbeuter jemals zu einer jener „Kalamitäten“  
 werden kann, die der Kontraktbruch industrieller Arbeiter für deren Aus-

beuter jemals gewesen sein mag. Den Junkern kommt es nur darauf an,  
 das von ihnen ausgebeutete Proletariat fest an die Scholle zu fesseln  
 und ihm nach Möglichkeit jede Besserung seiner Lage zu verschließen.  
 So unmöglich der Kontraktbruch ländlicher Arbeiter bisher als Massen-  
 erscheinung gewesen ist, so oft kommt es vor, daß ostelbische Land-  
 arbeiter ihren Kontrakt brechen, um sich einer völlig unerträglichen  
 Behandlung durch die Finde in die Industriebezirke zu entziehen.  
 Dem soll durch den neuen Gesegenswurf vorgebeugt werden, der  
 seinem ganzen Wesen nach nichts anderes ist, als eine „social-  
 reformerische“ Verklärung der allpatriarchalisch-feudalen Menschen-  
 schänderei.

Auf diese glorreichen Tage muß man zurückgehen, wenn  
 man den vom landwirtschaftlichen Minister angekündigten Gesegens-  
 entwurf über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter richtig verstehen  
 will. Wir haben im Original ein Plakat vor uns, das vor  
 121 Jahren auf Befehl des „großen Königs“ Friedrich an die  
 Berliner Strahenden geschlagen und auf dem platten Lande von den  
 Kanzeln verlesen wurde. Es lautet:

#### Publicandum.

Seine königl. Majestät von Preußen etc. Unser allergnädigster  
 Herr haben höchst mißfällig vernommen: daß während des jetzigen  
 Krieges, gewinnstüchtige Leute sich unterfangen, das Handwerk,  
 Tage- und Gehilfenlohn zu erhöhen. Diesem Unfug zu steuern,  
 haben Sr. königl. Majestät verordnet.

1. Daß Professionisten, Tagelöhner, Spinner und alle Arten der  
 Arbeiter, auch Dienstgenossen, welche sich bekommen lassen,  
 das vor Anfang des Krieges üblich gewesene Lohn zu er-  
 höhen, im ersten Uebertretungsfall mit Arreststrafe an das  
 Halsseil, spanischen Mantel oder Hand-Arbeit, so herrschaft-  
 lichen Diensten, bestraft, beim zweiten Uebertretungs-Fall  
 oder respektive mit vier wöchentlichen Justizhaus- oder  
 Bestrafungs-Strafe belegt werden sollen.
  2. Diejenigen, welche den Professionisten, Tagelöhnern,  
 Spinners und andern Arbeitern oder dem Gefinde mehr  
 Lohn, als vor dem Kriege üblich gewesen, bewilligen, sollen  
 in den Städten in respektive Fines und fünf Thaler Strafe,  
 auf dem platten Lande aber in die bereits in der Gefinde-  
 Ordnung bestimmte Strafe verfallen.
  3. Diejenigen Wirte, welche, um diese Verordnungen zu hinter-  
 gehen, sich mit dem Gefinde dahin vereinigen, daß sie ihnen  
 zwar nur das in der Gefinde-Ordnung festgesetzte Lohn geben,  
 dagegen aber ein sogenanntes Geschenk bewilligen, sollen  
 beyde sowohl der Brodt-Herr als das Gefinde, welches solches  
 nimmt, ebenso bestraft werden, als wenn sie das Lohn selbst  
 gesteigert hätten.
  4. Diejenigen, welche eine dem zuwider gefehene Handlung an-  
 zeigen, sollen den vierfachen Betrag des Gesichts von dem  
 Brodt-Herrn erhalten, und wenn es der Dienst-Bothe selbst  
 anzeigt, so soll derselbe von den Strafen noch überdies  
 befreit bleiben;
- Welches zu Jedermanns Nachricht, Achtung und Warnung hier-  
 durch bekannt gemacht wird. Berlin, den 8. April 1779.

Königl. Preuss. Churmärkische Kriegs-  
und Domänen-Kammer.

Dieses Publicandum ist das Ziel, dem der preussische Minister  
 der Landwirtschaft mit seiner Vorlage über den Kontraktbruch der  
 ländlichen Arbeiter zusteuert. Das Princip ist daselbe:  
 gewaltsame Anwendung der Staatsgewalt, um die Ansprüche  
 der arbeitenden Klassen auf ein menschenwürdiges Dasein  
 niederzuhalten, und zwar Anwendung der Staatsgewalt in  
 ihrer richterlichen Form; ebenso ist die Kasse für die gleiche,  
 denn wie ein offizielles Blatt meldet, wird auch die Vorlage des  
 Herrn v. Hammerstein die Bestimmung enthalten, daß nicht nur die  
 kontraktbrüchigen Landproletarier, sondern auch der Arbeitgeber, der  
 wissentlich solche Arbeiter annimmt, mit Geld- oder Gefängnisstrafe  
 gebüht werden soll. Doch es ist ein Nachteil des Publicandum  
 sei, eine brutale Bestrafung auch brutal auszusprechen, Halsseil und  
 spanischen Mantel aufmarschieren zu lassen und offen die Lockpfeile  
 zu organisieren, das könnte nur von dem behauptet werden, der die  
 Heuchelei für eine Tugend hält.

Ein wunderbares Bild freilich, dies Reich der Gottesfurcht und  
 frommen Sitten! Um der Bourgeoisie in der Flottenvorlage einen kolossalen  
 Profit einzubringen, werden die modernsten Schlagworte mobil gemacht,  
 und um den Junkern eine ausgiebige Ausbeuterquote zu sichern,  
 werden die feudalen Sölden wieder aufgerichtet. Das Unverein-  
 bare aber vereinigt die deutsche „Wissenschaft“. Diefelben  
 Professoren, die im Schweige ihres Angeichts die Flottenkontrollen  
 schlagen, haben auch die „friedrichianische Socialreform“ ent-  
 deckt, von der das oben mitgeteilte Publicandum eine so  
 erbauliche Probe giebt. Das A und O dieser professoralen  
 Weisheit besteht eben in dem Saum cuique des preussischen  
 Wappens; sie sagen sich: Jedem das Seine, der Bourgeoisie ihre  
 Profite, dem Junkertum seine Hörgen, und dem Proletariat als  
 Würze seines Hungersdaseins das „ethische Pathos“ unsrer lang-  
 weiligen Nachmittagspredigten.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 6. Februar.

#### Der Reichstag

würkte am Dienstag wieder ein paar Joll des Burns, der  
 nicht sterben kann, mit einer Todesverachtung hinunter, die  
 der besten Sache würdig gewesen wäre. Zwei Paragraphen  
 der lex Heinze wurden nach vierstündiger Debatte in der  
 Fassung der Kommission angenommen: § 182a und § 184.  
 Jener ist der sogenannte Dienstherrn-Paragraph, welcher die

Chre weiblicher Personen gegen Angriffe des Dienstherrn  
 schützen soll. Daß es sich hier um einen sehr weit verbreiteten  
 und sehr häufigen Mißbrauch der ökonomischen Abhängigkeit  
 handelt, kann nicht dem leisesten Zweifel unterliegen. Aber  
 hier wie überhaupt bei der Frage der Unbilligkeit und  
 Prostitution haben wir es mit Auswüchsen der heutigen Gesell-  
 schäftsordnung zu thun — Auswüchsen, die von dieser Gesell-  
 schäftsordnung untrennbar sind und so lange dieselbe dauert  
 auch dauern werden. So fruchtlos innerhalb der bürgerlichen  
 Gesellschaft alle Bemühungen sind, die Prostitution abzu-  
 schaffen oder auch nur einzudämmen — ebenso fruchtlos muß  
 der Versuch bleiben, die Arbeiterinnen vor Verführung und  
 Mißbrauch durch Personen, zu denen sie in einem wirtschaft-  
 lichen Abhängigkeitsverhältnis stehen, zu bewahren. Und  
 genau aus dem nämlichen Grunde. So lange es Arme giebt,  
 welche ein Interesse daran haben, sich der Unbilligkeit zu  
 ergeben, und solange es Reiche giebt, welche wirtschaftlich ab-  
 hängige Mädchen oder Frauen vorfinden, die durch Verkauf ihres  
 Leibes und ihrer Ehre etwas zu gewinnen haben, wird es  
 Prostitution und Haremswirtschaft geben. Und solche Wirt-  
 schaft besteht in einer Ausdehnung, von der die meisten gar  
 keine Ahnung haben. Und zwar in gleichem Maße auf dem  
 Land wie in der Stadt. Wenn die Konservativen gegen die  
 Unbilligkeit in den großen Warenhäusern losdonnern, ant-  
 wortet ihnen der Liberale mit dem gleichem Recht: auf Euren  
 Gütern ist es um kein Haar breit besser, ja, weil auf dem  
 Land weniger Kontrolle der öffentlichen Ordnung vorhanden  
 ist als in der Stadt — noch schlimmer. Der andere Para-  
 graph betrifft unzüchtige Schriften, Bilder u. s. w. Es ist dies  
 der sogenannte Kunstparagrah, welcher von einer krankhaften  
 Brüderie zu einem förmlichen Kreuzzug gegen die Kunst be-  
 nutzt werden könnte und auch benutzt werden soll. Die Kom-  
 mission hat den wahrhaft biederstümmerischen Antrag des  
 Centrums zwar beträchtlich abgeschwächt, allein so wie er ist  
 und von dem Reichstag angenommen wurde, kann er noch  
 viel Unheil anrichten — zumal bei der heute modischen  
 Zartüfferie, welche vor dem wirklichen oder vermeintlichen  
 „Laster“ schamhaft die Augen niederschlägt, mit Zucht-  
 hausgefen. Flottenvorlagen und ähnlichen Maßregeln aber der  
 Kapitalismus stärkt, von welchem alle Quellen des Lasters  
 gespeist werden.

Unsere Bemühungen, die Paragrahen, so weit dies  
 möglich, zu verbessern, blieben erfolglos. Der Standpunkt  
 unsrer Partei wurde mit Nachdruck von Heine und Debel  
 vertreten. Sie wiesen nach, daß Schand und Uebel, die im  
 Organismus der Gesellschaft ihre Wurzel haben, nicht  
 mit mechanischen Mitteln beseitigt werden können. Eine höchst  
 merkwürdige Haltung beobachtet die Regierung: Herr Nieder-  
 ding, Staatssekretär der Justiz, wollte z. B. nicht Wort  
 haben, daß ein Mädchen oder eine Frau im Dienstverhältnis  
 vom Dienstherrn abhängig sei — er meinte, sie sei ganz frei,  
 was bekanntlich mit der Manchesterlehre vom freien Arbeits-  
 vertrag genau übereinstimmt. Die Regierung will des-  
 halb vom § 182a nichts wissen und stellt sich  
 dabei ganz auf den Standpunkt des manchesterlichen  
 Liberalismus, während sie in andern Paragrahen die rigo-  
 roseste Polizeistrafbarkeit vertritt. Wir haben eben auch auf  
 diesem Gebiet den *fidz a kurs*.

Nächste Sitzung: Mittwoch, Lex Heinze, und als zweiter  
 Punkt der Tagesordnung die Poleninterpellation, mit der es  
 die Antragsteller nicht sehr eilig zu haben scheinen. —

#### Das preussische Abgeordnetenhaus

beendete am Dienstag die Beratung des *Vergetats*. Die Debatte  
 war sehr zerstückelt und bot nur eine Wiederholung der Diskussion  
 aus den vorigen Sitzungen. Wieder beklagten sich die Agrarier,  
 voran Herr v. Werder und Herr v. Brockhausen über die  
 ländliche Kohnemot und die Besorgung der Großhändler. Die  
 Regierung vertiefte sich darauf, daß sie den ländlichen Genossenschaften  
 schon jetzt den höchsten zulässigen Rabatt gewähre, auch wenn sie nicht  
 das vorgeschriebene Mindestquantum bezögen. Die Agrarier haben  
 also wirklich keinen Anlaß, sich zu beklagen. In den Reden der  
 Agrarier kam weiter die Furcht zum Ausdruck, daß der Reien-  
 lumpf der östreichischen Kohnenarbeiter nach Deutschland hinüber-  
 schlage und hier einen allgemeinen Vergarbeiter-Ausstand  
 herbeiführen könnte. Doch wurde dieses Thema nur gestreift.  
 Herr Götzein von der freisinnigen Vereinigung rief wieder zur  
 Bestätigung der Kohnemot die Beschränkung in der Verwendung aus-  
 ländlicher Arbeiter aufzuheben. Abg. Hirsch von der freisinnigen  
 Volkspartei trat für die Einführung der freien Kräfte ab bei  
 dem Knappheitsklassen ein. Minister Breßel erklärte,  
 daß die Regierung diese Einrichtung für die Knappheitsklassen für  
 zu kostspielig halte, daß aber bei der bevorstehenden Reform des  
 Krankenerwerbsgesetzes über die Frage weiter geredet werden  
 würde. — Nach dem Vergetat wurde mit der 2. Beratung des  
*Stats der Handels- und Gewerbeverwaltung* begonnen. Der  
 nationalliberale Abgeordnete Völlinger gab zu verstehen,  
 daß die Beauftragten der Berufsgenossenschaften in den  
 Augen der Industriellen mehr Autorität begehren als die  
 Fabrikinspektoren, und daß die Regierung sich bei dem Erlaß von  
 Unfallversicherungs-Vorschriften den Wünschen der Privatindustriellen  
 mehr anzuschließen hätte als bisher. Der Minister Breßel ver-  
 sicherte, daß nach Abschluß der Unfallversicherung im Reichstoge über  
 die Abgrenzung der Befugnisse dieser Beauftragten den Fabrik-  
 inspektoren gegenüber verhandelt werden würde. Von konservativer  
 Seite war beantragt, in Berlin an Stelle des Ketteckenkollegiums  
 eine Handelskammer zu errichten, in der die Interessen  
 des Mittelstandes besser vertreten würden, als in der  
 jetzigen Institution. Der Minister hofft, das Berliner  
 Kettecken-Kollegium durch freundschaftliche Verhandlungen zu  
 bestimmen, in eine solche Erweiterung seiner Zusammen-

setzung zu widigen. Auf die Erklärung hin wurde der Kontrakt zurückgezogen. Im Schluß der Sitzung brachte der Abg. Barth die Verfügung des Ministers gegen die amtlichen Spiritusnotierungen zur Sprache. Herr Dreifeld bekannte sich zu seinem Werke, erklärte aber, daß er nach Wiederöffnung der Produktionsfrage über diese Frage weiter mit sich reden lassen wolle. Die Debatte über das Verhalten des Ministers, den Spiritusring usw. wird wohl die nächste Sitzung ausfüllen.

### Statistische Späße.

Jedemal, wenn dem Deutschen Volke neue gewaltige Ausgaben für Küstungszwecke angedungen werden, rechnen uns die Statistiker nach, daß wir eigentlich blutwenig mit direkten und indirekten Steuern belastet sind. So wird jetzt eine Aufstellung verbreitet, die einem Anschlag May von Hedels im Jahrbuch der Conradischen Jahrbücher entnommen ist. Hedel will in diesem Artikel Beiträge zur vergleichenden Finanzstatistik europäischer Großstaaten im Jahre 1898 geben. Obwohl er nun selbst bemerkt, daß derlei statistische Arbeiten sehr große Schwächen haben, wird doch eine Tabelle willkürlich, wie sie den Zwecken der Flottenphantasien gerade paßt, herangezogen und dem trübseligen Leser vorgelegt. Hedel vergleicht nämlich pro Kopf der Bevölkerung die Belastung mit indirekten Steuern, d. i. Zöllen und Aufwandsteuern. Er rechnet folgendes Ergebnis heraus:

Deutsches Reich	13,40 M. pro Kopf der Bevölkerung
Österreich	21,57 " " " " " "
Ungarn	13,84 " " " " " "
Frankreich	31,372 " " " " " "
Großbritannien	29,56 " " " " " "
Italien	15,43 " " " " " "
Rußland	12,60 " " " " " "

Welche Wonne! Deutschland steht hinsichtlich der geringen Belastung an zweiter Stelle. Günstiger ist es nur noch in — Rußland. Deutschland ist ein Paradies, das Reich des Jazens aber ist paradiesischer. In ihrem Wasserlauf bemerken die guten Leute gar nicht, wie schwer kompromittierend dieser Vergleich für Deutschland ist. Rußland, in dem die Massen verhungern, ist noch glücklicher als Deutschland, und auch dem zerrütteten Italien geht es, nach obiger Berechnung, beinahe so gut wie dem Deutschen Reich. Diese eine Ersehung beweist zur Genüge, daß bei der Vergleichung solcher Belastungszahlen es vor allem auf die Vergleichsgröße der Belastungsfähigkeit ankommt. Ueberhaupt wäre die einzige sozialpolitisch vollkommenere Methode, die Belastung eines Volkes festzustellen, eine allgemeine Haushaltsbudget- und Konsum-Statistik — das ist freilich ein unerreichtes statistisches Ideal.

Die einfache Ueberlegung, daß Vergleiche von Steuerbelastungen ohne die Gegenüberstellung des Volkreichthums wertlos sind, beweist also schon die Nichtigkeit dieses Arguments. Dazu kommt, daß es bei der Beurteilung der Belastung mit indirekten Steuern wesentlich darauf ankommt, welche Konsumartikel besteuert werden. Gerade das Deutsche Reich verfährt in dieser Hinsicht mit einer beispiellosen Ungerechtigkeit, indem es seine Erträge aus den unentbehrlichen Lebensmitteln der Masse zieht. England gewinnt seinen Reichtum aus Getreidezöllen und der Salz- und Zuckerversteuerung, während das Deutsche Reich seine Haupterträge aus den indirekten Steuern Englands bezieht in weit höherem Maße die Besitzenden, wie es in Deutschland der Fall ist, das mit einer wahrhaftigen Leidenschaft von den Besitzlosen Abgaben heischt. Das ist der zweite Grund, warum jener Vergleich nichts beweist. Trotz der höheren Kopfsteuer ist das Proletariat Englands im Vergleich zu seiner Leistungsfähigkeit geringer mit indirekten Steuern belastet als das des Deutschen Reichs.

Endlich dreht sich die einzelnen Summen anscheinlich auf die Steuererhebungen im Etat des Gesamtstaates. Es ist nicht einbezogen, was an indirekten Steuern etwa in Gemeinden, Kreisen u. bezahlt wird. Diese „lokalen“ Steuern müssen aber in Betracht gezogen werden, wenn man feststellen will, wie hoch pro Kopf die Steuerbelastung ist. In demselben Heft der Conradischen Jahrbücher finden sich Angaben über die Finanzverhältnisse von Städten des Regierungsbezirks Kassel. Daraus läßt sich erkennen, wie hoch bei uns auch in den Gemeinden die indirekten Steuern sind, die beispielsweise in Kassel 9,75 Mark pro Kopf betragen. Ein Kasseler ist mithin wie folgt belastet:

1. als Angehöriger des Reichs mit	13,40 M. indirekter Abgaben,
2. als preussischer Staatsbürger mit	3,84 M. direkter
3. als Einwohner von Kassel mit	19,45 M. " "
und mit	9,75 M. indirekter
zusammen 47,04 M.	

Ein Kasseler bezahlt also durchschnittlich jährlich 47,04 M. an Abgaben, wovon fast genau die Hälfte indirekte Steuern sind. Und es fehlen in dieser Rechnung noch die Kreissteuern.

Man sieht, die Abgaben summieren sich, wenn man bei uns die zwischen Reich, Staat, Kreis und Gemeinde verzeitelten Steuern summiert. Welchen Wert hat es da, nur die Belastung im Reich zu vergleichen?

Wollten wir Statistik nach der Art der Flottenagitation treiben, so könnten wir aus der erwähnten Hedelschen Arbeit die Tabelle über die Ausgaben für Heer und Flotte uns sehr zu Nutzen machen. Von allen Ausgaben betragen nämlich die für Marine und Flotte (1898) im Deutschen Reich 45,82 Prozent

in Frankreich . . . . . 30,48  
in Großbritannien . . . . . 29,66  
in Italien . . . . . 22,85  
in Rußland . . . . . 24,15

Ist das nicht ein fürchterliches Zeichen, wie Deutschland durch den Militarismus ausgepöbert wird? Fast die Hälfte aller seiner Ausgaben werden für Küstungszwecke aufgewendet, während in Großbritannien nur wenig mehr als ein Viertel hierfür geopfert wird. Beweis liegen die Verhältnisse bei uns in dieser Hinsicht sehr schlimm, aber doch nicht so schlimm, wie es jene wahrhaft entsetzlichen Prozentzahlen zu beweisen scheinen, weil ja bei uns gerade die eigentlichen Kulturaufgaben zum wesentlichen Teil von den Einzelstaaten bestritten werden.

Ein ehrlicher Statistiker treibt nicht solche Späße. Inre Flottenagitatoren aber haben keinerlei Interesse an wissenschaftlicher Zuverlässigkeit; sie wollen mit ihren Zahlen blenden, und darum ist jede ihrer statistischen Beweisführungen mit dem Stempel des Humbugs gezeichnet.

### Deutsches Reich.

#### Aus der Geburtszeit der Weltpolitik.

Den Gedanken der Weltpolitik hat Wilhelm II. zum erstenmal am 18. Januar 1896 in einem Trinitatspredigt deutlich ausgesprochen: „Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Ueberall im fernsten Osten der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ocean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die erste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern.“

In Ansehung auf diese Rede forderte die Abteilung Berlin der „Deutschen Kolonialgesellschaft“, in der zu jener Zeit noch Dr. Karl Peters das große Wort führen durfte, den schnellen Ausbau der Marine. Dagegen wandten sich die von Bismarck inspirierten „Sam-burger Nachrichten“ scharf gegen den Begriff einer Weltpolitik, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik anderer Länder zu drücken und einzuwirken suche. Dieser Satz zielte auf die damalige gegen England zugesprohene boerenfreundliche Politik der deutschen Regierung, die durch das Telegramm des Kaisers an China kräftiger gekennzeichnet wurde.

Das Londoner Cityblatt aber, die „Times“ bemerkten damals: „Ein größeres Deutsches Reich jenseits der Meere ist ohne Zweifel der Gedanke, der wohl geeignet ist, auf die lebhafteste Vorstellungskraft des Kaisers Wilhelm zu wirken. . . . Diese Proklamierung eines andren Deutschen Reichs der Zukunft nun unbedingt und einige ernste und verhängnisvolle Fragen nahe legen. In welchen bisher herrenlosen Gebieten des Erdkreises soll es zu Stande gebracht, oder wie und wem soll es durch Eroberung entziffen werden? Von wem soll es bevölkert werden?“

Diese unüberwindlichen Fragen sind bis heute nicht beantwortet worden. Oder soll die Eroberung („Rachung“) von Siam und der teure Ankauf der Karolinen die Antwort darstellen? Doch wohl nicht. Es bleibt alles im Nebel!

### Unter Wasser geht.

Längst ist der Freisinn weiblicher Linie aus der Opposition gegen den Militarismus ausgegliedert. Herr Nicker und Herr Pöhlmann haben sich von der „unfruchtbarsten Politik der bloßen Negation“ losgesagt und erwarten von der eifrigen Unterstützung des Militarismus seit unendlichen Zeiten lächerlich ersuchte Regierungsfreundlichkeiten. Auch Herr Dr. Barth beweist schon seit geraumer Zeit seine Begabung in der Abschöpfung früherer Grundzüge und in liebevoller Vertretung von einst weit zurückgewiesenen militaristischen Grundtugenden.

Nun aber haben die weiblichen Freisinnler die Gemüthsruhe, auch aus den Mannreichen Eugen Nickers militärische Gesellschaft hervorgezogen zu sehen. Die „Frei. Jg.“ mißt uns gar unwillig an, als wir uns allerlei Anzeichen der Unzuverlässigkeit auch der freisinnigen Volkspartei in der Flottenfrage feststellen. Jetzt muß Herr Nicker erleben, daß in einer Versammlung des Berliner liberalen Wahlvereins am Montag Mitglieder der freisinnigen Volkspartei, so Rechtsamwalt Platen, für die Flottenvermehrung eintreten. Dieser freisinnige Volksmann behauptet, daß „einzelne Führer seiner Partei über die Stimmung der Wähler so wenig unterrichtet seien“, und er erkläre, auf demselben Standpunkt in der Flottenfrage zu stehen wie Dr. Barth, der Minister der Versammlung. So steigt denn das Seewasser zu bedrohlicher Höhe auch für die freisinnige Volkspartei; wo Profite winken oder nur zu wunden scheinen, da geht jeder Bourgeoispartei der Rest von Ueberzeugung verloren und die „Stimmung“ der Wähler triumphiert.

Herr Dr. Barth hat freisinnige Volksparteiler ins Wasser gezogen, denn er länderte ihnen wunderbare Herrlichkeiten, die sie da finden sollten. Herr Dr. Barth hat so schimpflich für den Wasser-militarismus geredet, daß er würdig geworden ist, zu einer künftigen Flottenvorlage die Begründung samt Denkschrift zu verfassen. Herr Dr. Barth hat sich auch keine der Verworrenheiten entgehen lassen, mit denen man jetzt den Wählerwahn propagiert.

Er ist auch hinaus über alle Bedenken einer Verantwortlichkeit des Budgetrechtes der Volksvertretung sowie über die Schwierigkeiten der Kostendeckung. „Schon“ betonte der Redner, so sagt der Versammlungsbericht, den konstitutionellen Charakter der jetzigen Flottenvorlage, die nur eine prinzipielle Zustimmung der Volksvertretung herbeiführen wolle und diese in den Stand setze, in jedem Jahre zu bestimmen, in welchem Tempo der Plan ausgeführt werden solle.“ Herr Barth hat offenbar gar nicht gefehlt, daß die Regierungsbegründung ausdrücklich hervorhebt, sie fordere deshalb die Bewilligung des gesamten, auf lange Jahre berechneten Planes, weil dadurch der Reichstag sich zur Bewilligung der Mittel in den einzelnen Jahren moralisch verpflichte? Warum, Herr Dr. Barth, begnügt sich denn die Regierung nicht, alljährlich die ihr nötig scheinende Schiffvermehrung zu fordern? Herr Barth sieht nicht, daß die Verantwortlichkeit des Budgetrechtes, die jetzt dem Reichstag angeschlossen wird, noch weit schlimmer ist, als jene im letzten Flottengesetz, denn jetzt will die Regierung den Reichstag auf ihren Plan festlegen, sie will sich aber vorbehalten, den Plan in beliebiger kurzer Frist zurück zu stellen. Herrn Barths Entwicklungsfähigkeit ist bewundernswert, schon erscheinen ihm die konstitutionellen Grundzüge wohlgeordnet, wenn sie vernichtet werden.

Ebenso macht die Deckung der Milliarden, die die Flotte kosten soll, dem Wasserreifer des Herrn Dr. Barth keinerlei Bedenken. Wahrscheinlich, so meint er, werden die laufenden Reichseinnahmen zureichen; sollte das aber nicht der Fall sein, so solle „eine weitere Belastung von den schwächeren Schultern ferngehalten werden“. Die „Volks-Zeitung“, ein liberales Blatt, beurteilt diese fabelhafte Leichtfertigkeit, in der Politiker, die sich noch liberal nennen, eine so ungenügende wichtige Frage behandeln, treffend, indem sie anspricht:

Größe politische Männer müssen über solche humoralische Oberflächlichkeiten innerhalb des Freisinn ihre lächerlichen Bedenken ansprechen. Ein derartiges völliges Verjagen des finanzpolitischen Gewissens bei Leuten, die sich für volkstreulich halten, muß den Liberalismus notwendigweise aufs schwerste kompromittieren. Wie nennt man in gewöhnlichen Leben jemand, der für irgend einen Zweck große Aufwendungen macht und nicht weiß, wie er die Kosten dafür aufbringen soll? Den Freisinnigen der weiblichen und männlichen Linie, die gestern um die Wette Kanzer bauten, ohne zu wissen, auf wen die Kosten abzuwälzen seien, überlassen wir es, hierfür den richtigen Ausdruck zu finden.

Aber die Häßlichkeit des Herrn Dr. Barth liegt in der neu-erworbenen grundsätzlichen Bewertung des Militarismus. Herr Dr. Barth erklärt, wie die fortwährenden Vermehrungen des Landheeres den durch Frankreich bedrohten Frieden erhalten haben, so wird die Vermehrung der Flotte gleichfalls den Frieden mit feindlich bedrohenden Seemächten gewährleisten. Das sagt derselbe Barth, der Mitglied vor internationalen Friedensgesellschaften und interparlamentarischen Friedenskomitees ist, den wir noch vor etwa 1 1/2 Jahren Seite an Seite mit Frau Bertha v. Suttner als begeisterten Apostel des pariser Friedensmanifestes haben auftreten sehen.

Von diesem Friedensmanifest und der in ihm ausgesprochenen Verurteilung der militarischen Betrügnungen — die zu derselben Katastrophe führen müssen, die man angeblich vermeiden will — von alledem allerdings hat Herr Barth in seiner Rede für die Flottenvorlage vor den Liberalen Berlins kein Wort mehr gesagt. Herr Barth ist in Regis Hallen zu Gaste gegangen und mit ihm versinken in Wasserfluten die Reste des Liberalismus.

### Süddeutsche Stimmungen.

An dem letzten Geburtstag Wilhelms II. hatte in Bayern kein staatliches Gebäude geflaggt. Offentliche Gebäude, die Fahnen ausgezogen hatten, mühten sie wieder aufzurufen.

Die „Post“ will in diesem Vorfall keinen „verhängnisvollen Zufall“ sehen, sondern meint vielmehr:

„Der seltsame Vorgang läßt eine nähere Erörterung um so notwendiger erscheinen, als er nicht der einzige ist, welcher die Vermutung nahe legen muß, daß es in neuerer Zeit weniger das Bestreben zu sein scheint, dem Vordringen des bayerischen Militarismus Jügel anzulegen, als ihm noch Konzessionen zu machen. In den maßgebenden bayerischen Kreisen kann die Meinung, daß man der Sonderstellung des Landes etwas vergeblich, wenn man die Pflichten erfüllt, welchen alle Bundesstaaten freudig nach-

kommen, in der Erkenntnis des Gegens, welchen die Einigung des Reichs ihnen selbst gebracht hat, unmöglich Jügel gefast haben. Der einzige Grund für das merkwürdige Verhalten liegt zweifellos in der übertriebenen Rücksichtnahme auf die mit Hilfe der Sozialdemokratie in der bayerischen Kammer allmächtig gewordenen „Patrioten“. Diese Rücksicht sollte aber doch nicht so weit gehen, daß darüber Aergeris in den übrigen Bundesstaaten entstehen kann.“

Der „einzige Grund“, den die „Post“ annimmt, wird natürlich von dem Blatt selbst nicht geteilt. Näher liegt es, in der Rücksichtnahme einer Partei der parlamentarischen Weltpolitik zu begreifen, die ja nach der Befestigung eines Berliner Hofstaates den Zweck verfolgen soll, die Herzöge und Könige in dem einen Kaiser aufgehen zu lassen. Wenn man sich weiter erinnert, daß die Hufe der Einzelstaaten und die Bundesregierungen über die neuen Flottenpläne erst unterrichtet wurden, als die Großindustriellen längst von dem fertigen Entwurf wußten, so läßt sich am Ende die Vorstimmung in Bayern begreifen.

Zur Geschichte des Sozialistengesetzes bestätigt die „Frankf. Jg.“ gegenüber der Behauptung Herbert Bismarcks und Norddorffs, das Gesetz sei 1890 durch ein unabhätiges oder absichtliches Mißverständnis des Herrn v. Hellendorff zum Scheitern gebracht worden, die von uns gebrachte Lesart, wonach Herr Bismarck selbst mit Hilfe der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen herbeigeführt habe. Das Blatt weist des näheren nach, daß die jetzige Darstellung des Schicksals des Gesetzes falsch sei und schreibt u. a.:

„Niemand kann zweifeln, daß er (Herr von Hellendorff) und die Konservativen bereit waren, auf einen Punkt hin das abgeschwächte Gesetz zur Annahme zu bringen. Es ist unter diesen Umständen ganz unglücklich, daß dieser Führer der Konservativen, als er am nächsten Tage zum Fürsten Bismarck ging, um dessen Entscheidung zu holen, diese einfache Entscheidung mißverstanden haben sollte. Es bleibt mir übrig anzunehmen, daß Herr Bismarck sich absichtlich nicht klar ausgedrückt hat und daß er in Wahrheit das Gesetz scheitern lassen wollte. Als dann am 25. Januar die dritte Lesung stattfand, war außer anderen Vertretern auch der Minister des Innern, Herr Herrfurth, am Bundesratsteisch. Das für Zustände mühten damals innerhalb der Regierung geherrsch haben, wenn dieser, der eigentliche Reformminister, nicht gewußt hätte, daß der Reichslandtag und Ministerpräsident die Annahme des abgeschwächten Gesetzes wünschte und wenn er nicht die von Herrn v. Hellendorff so klar vorgezeichnete Erklärung abgegeben hätte.“

Auch das Motiv dieses Bismarckschen Ruffes findet die „Frankfurter Zeitung“ in derselben Spekulation, auf die der „Vorwärts“ bereits hingedeutet hat:

„Es ist damals gleich die Ansicht aufgefaßt, und sie wird wohl auch richtig sein, daß Bismarck die Ablehnung des Gesetzes wünschte, weil er sich davon eine Wirkung auf den Kaiser versprach, weil er auf einen scharfen Rückfall rechnete, auf ein neues noch schärferes Sozialistengesetz, kurz, auf eine Situation oder einen Konflikt, in dem er unentbehrlich gewesen wäre.“

Die Folge hat gezeigt, daß Bismarck, der getreue Mann, sich in der eigenen Schlinge fing, daß er gerade seine Entbehrlichkeit aller Welt bewies.

Die revolutionäre Nationalhymne. Es scheint nunmehr sicher, daß die „Roh- und Reizige-Strophe“ aus der preussischen Nationalhymne laut allgem. in einer Umfassung in den Schulen verboten worden ist. Man hat sich offenbar für eine blutige Satire auf die bestehenden Zustände gehalten.

Der Flottenrabbi in Magdeburg. Dr. Rahmer, ist, wie die „Volks-Zeitung“ mitteilt, Mitglied der — freisinnigen Volkspartei. Das erhoht den Humor.

Hoffentlich wird aber nun die „Volks-Zeitung“ mit ihrer Ansetzung Erfolg haben, und ein recht schönes Kriegsschiff auf den Namen „Rabbi Rahmer“ — sagen wir „eta auf!“ werden. Man kann ja in diesem Falle beim Stapellauf die der sonst üblichen Taufe entsprechende moaische Handlung vornehmen.

Die portofreie Agitation der österrischen Regierung zu Gunsten der konservativen Agitationschrift des „Volkstums“ stand am Dienstag zur Beurteilung der Strafkammer in Königsberg. Angeklagt war der Redakteur des sozialdemokratischen „Landboten“, Genosse Haber, der dem Landrat in Aquitt in Fortwurf der Portofreierklärung gemacht hatte. Die Veranlassung hierzu gab ein Artikel, das vom Landratsamt an die Zeitung vertriebt, das Stigma antilicher Portofreierklärung enthält. In diesem Artikel wurden die Lehrer zum Werden zahlreicher Abonnenten für den konservativen „Volkstums“ aufgefordert, und die Strafdirektion verlangte über den Erfolg ihrer Tätigkeit eine Rechenschaft.

Dieser Vorgang ist vielfach besprochen worden und allgemein der Standpunkt innegehalten, daß solche Agitation nicht zu den amtlichen Obliegenheiten des Landrats gehört, weil die Verurteilung der Exkulate ein Porto erfordert hätte. Darrher stellte sich nun der Landrat beleidigt und stellte die vorgelegte Behörde Strafantrag gegen mehrere Blätter wider Partei. Die erste Entscheidung ist vom Königsberger Gericht in der Sache getroffen und hat dieses die Freisprechung des Angeklagten ausgesprochen. Das Gericht konnte sich auch nicht der Auffassung verschließen, daß diese Tätigkeit des Landratsamts keine dienstliche ist, mithin Portofreierklärung vorliegt.

Jeder Fleischverbilligung abhold zeigt sich die preussische Regierung auch in Westdeutschland. Die Stadt Emden plante die Errichtung einer See-Carantäne-Anstalt in ihrem Hafen-gebiet. Die wichtigstehenden Landwirte haben sich aber hinter die Regierung gestellt. Sie haben das fabelhafteste Schredgespenst einer Verurteilung durch dänisches Vieh citiert, und schlemmt hat die Regierung der Stadt Emden ihre gänzlich Abneigung gegen den genannten Plan zu Gemüte gefaßt. Die Ausführung des Plans wird, wie jetzt bekannt, nunmehr unterbleiben zum Schaden der Bevölkerung Westdeutschlands, der damit der Vorteil niedrigerer Rindfleischpreise entzogen wird.

Wo ist der Landrat? Im Kreise Grimm ist große Not, über die man von dort schreibt:

„Seit dem 18. Dezember v. J. ist der Landrat unseres Kreises, Herr Oesterroth, angeblich wegen „Krankheit“, nach weitverbreiteter Meinung aus andren Gründen, beurlaubt. Er soll sich in der Schweiz befinden, wohnen man um diese Jahreszeit doch keine Erholungsreisen zu machen pflegt. Nach einem um Kreise verbreiteten Gerücht soll Herr Landrat Oesterroth neuerdings zur Disposition gestellt sein, aber, wenn gleich er einer der eifrigsten Agrarierführer in unserm Kreise war, keineswegs etwa aus politischen Gründen. Man möchte im Kreise Grimmens gerne wissen, ob Herr Oesterroth noch Landrat deselben, ob auf seine Rückkehr zu rechnen oder ob bald die Ernennung eines andren Landrats zu erwarten ist.“

Das scheint ja eine sehr geheimnisvolle „Krankheit“ zu sein, die dem Kreise seinen Landrat entführt hat. Und der arme Kreis kann doch nun einmal nicht ohne Landrat leben.

Dem „Greifswalder Tageblatt“ geht über die dunkle Affaire folgende Darstellung zu:

„Seit September v. J. schwebt ein Strafverfahren gegen einen in unserm Kreise anwesigen Großgrundbesitzer, welcher beurlaubt ist, den Igl. Landrat Oesterroth durch ein Anschreiben beleidigt zu haben. Die Denunziation war erfolgt durch die Igl. Regierung zu Stralsund, welche damit die Sache des Landrats zu der ihrigen machte. — Am 29. Dezember vorigen Jahres sollte vor der Strafkammer zu Greifswald verhandelt werden. Als einziger Belastungszeuge war der Igl. Landrat Oesterroth geladen. Wöglich wurde der Termin verlagert, der wegen Krankheit beurlaubte Herr Landrat unseres Kreises, der Zeuge Oesterroth war „unbekannt verzogen“. Man wundert sich darüber, daß sogar Herr Regierungspräsident

Scheller zu Straßburg, der doch voraussichtlich von der zuständigen Behörde über den Verbleib des seiner dienstlichen Aufsicht unterstehenden Beamten befragt worden sein dürfte, offenbar nichts darüber hat ausfragen können. Man wundert sich hierüber mit Recht umso mehr, als Herr Osierröth noch heute für die Deffentlichkeit wohlbestellter kgl. preussischer Landrat ist.

### Wegen Majestätsbeleidigung

wurde der Bergarbeiter Georg Sprattel aus Jabornitz vom Glesener Landgericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Deffentlichkeit war ausgeschlossen.

Von einem schätzbaren Denunziantenstückchen berichtet das Münchener Partei-Organ aus Traunstein. Vor der Strafkammer des dortigen Landgerichts fand am letzten Januar Verhandlung gegen den Arzt Dr. Joseph Schmid in Palling, Bezirksamt Laufen, wegen zwei Vergehen der Majestätsbeleidigung statt. Die Anzeige gegen Schmid erfolgte infolge Denunziation von Seiten des 23jährigen ehemaligen Kandidaten der Philosophie Fachkammer, dessen Vater ebenfalls praktischer Arzt in Palling und als Konkurrent selbstredend kein Freund des Angeklagten ist. Der Staatsanwalt beantragte nach längerer Verhandlung eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof erkannte indes auf Freisprechung.

## Ausland.

### Chamberlains Verteidigungsbrede.

Nachdem der Führer der Unliberalen Sir William Harcourt am Montag im Unterhause seine Mißbilligung der Politik, die zum Krieg geführt hat, in scharfen und treffenden Wendungen vorgebracht hatte, ergriff Chamberlain das Wort, um sich und die Regierung zu verteidigen und den Krieg in Südafrika als einen gerechten Krieg zu erweisen. Den ersten Abschnitt der Ausführungen Chamberlains brachten wir bereits im Depechenteil der gestrigen Nummer. Chamberlain fuhr dann fort:

Ich will auf die unwesentlichen Einzelheiten der Darlegungen Harcourts nicht eingehen; aber ich habe das Gefühl, das Feind, welche selbst Freunde und Verwandte verloren haben, ein Recht darauf besitzen, abermals mit Nachdruck betont zu sehen, daß der Krieg gerecht und notwendig ist. (Beifall bei den Ministerialen.) Die Streitfragen zwischen Boeren und Briten, zwischen England und Transvaal beruhen nicht auf Meinungsverschiedenheiten, es sind Streitfragen, die schon vor 1895, sogar schon vor 1881 vorhanden waren. Der Jamesonzug, die Bloemfontein-Expeditionen und die Wahlrechtsfrage sind nicht die Ursachen, sondern nur Vorkausen und Folgen eines lange vorhandenen Zwiespalts. (Beifall bei den Ministerialen.) Der tiefwurzelnde Streit hat nicht mit Majuba begonnen, sondern ist durch die Majuba-Vollmacht verstärkt worden. Ehe die Tinte der Majuba-Konvention trocken war, begannen die Boeren schon die Bestimmungen derselben zu brechen. Gladstone, der Boeren nicht unfreundlich gesinnt; seine Regierung war es, die die Majuba-Konvention abgeschlossen hat und doch war Gladstone, ehe drei Jahre nach dem Abschluß dieser Konvention im Jahre 1895, gezwungen, die Gesetze eines Bürgerkrieges in unsern holländischen Gebiet und ernste Kämpfe und Kosten für England zu übernehmen und eine militärische Expedition auszuführen, um die Boeren zur Beobachtung dieser Konvention zu zwingen. (Beifall.) Die Streitigkeiten mit Transvaal sind nicht das Werk einer britischen Regierung, sondern entspringen aus der Natur der Verhältnisse, aus den großen Verschiedenheiten zwischen dem Charakter, der Gesittung und Bildung der Briten und der Boeren. (Lauter Beifall.) Das Streben der Boeren war, sich von jeder Spur britischer Oberhoheit loszumachen. Oberhoheit der Boeren bedeutet Unterordnung jeder andern Rasse; unsere Oberhoheit bedeutet Herstellung der Gleichheit für die weißen und der Gerechtigkeit für die schwarzen Rassen. Als wir aus Ruder kamen, fährt der Minister fort, empfanden wir bald, daß eine Lösung nötig sei. Der erste Zug der Lage war die wachsende Mißstimmung innerhalb einer Bevölkerung, die in Freundschaft zusammen hätte leben sollen. Die Unzulänglichkeit der Kriegsvorbereitungen ist unsere Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu zerstören. Dieser Krieg ist gerecht, berechtigt und notwendig. (Beifall bei den Ministerialen; Rufe bei den Freirei: Nein! Nein!) Die Meinung der irischen Nationalisten bedeutet nichts, aber ich wende mich an die Opposition und stelle die Frage an sie: Sagen Sie, daß der Krieg gerecht, notwendig und berechtigt ist? (Beifall.) Die Einbringung des Jymourischen Amendements bedauere ich; denn es läßt die Einigkeit des Reichs zweifelhaft erscheinen. Der Wunsch des Landes ist, sicher zu stellen, daß der Krieg kraftvoll weitergeführt werde und daß seine Ergebnisse mit den gebrachten Opfern und den erlittenen Gegenschlagen im Verhältnis stehen. Es sind Fehler gemacht worden. Die Regierung ist willens, den Tadel zu tragen, bis die Zeit zu der Untersuchung gekommen ist, wie der Tadel zwischen dem System und den die Verwaltung nach demselben führenden Männern zu verteilen sei. Sie bemerken uns, unsere Fehler zu abzuhelfen. In wenigen Wochen werden 200 000 Mann in Südafrika stehen. Der Geist der Nation ist durchaus ungebrosen. (Beifall.) Es giebt kein Opfer, das die Nation nicht zu bringen bereit ist und wir nicht willens sind zu fordern, wenn wir es für den Erfolg für nötig halten. Eine der Lehren des Kriegs ist die Erkenntnis der ungeheuren Verteidigungskraft, die irregulären oder freiwilligen Truppen innewohnen, wenn sie für die Verteidigung ihres Landes kämpfen. Diese Lehre darf bei der Prüfung der militärischen Lage nicht außer acht gelassen werden. Ich hoffe, daß Schritte ergriffen werden, um aus diesem glänzenden Material Nutzen zu ziehen, das stets in England zu unserer Verfügung ist, und das bei geeigneten Umständen und freigewählter Unterstützung und vielleicht mit einem beträchtlichen Geldauswand zu der schlagfertigsten Verteidigungstruppe gemacht werden kann, die es je gegeben hat. (Lauter Beifall.) Ich werde diesen Plan nicht als Vorkämpfer, sondern in dem Bemühen zum Vorschlag bringen, die Wünsche der Nation auszusprechen. (Beifall.) Was unsere Politik betrifft, wenn wir erfolgreich sein werden, sind wir, wie mir scheint, in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Anschauungen Sir Edward Strens. Im Namen der Regierung kann ich sagen: soweit es an ihr liegt, soll es kein zweites Majuba geben. (Lauter Beifall bei den Ministerialen.) Wie wieder sollen die Boeren mit unsrer Zustimmung, wenn wir die Macht haben, im Lande sein, im Herzen Südafrikas eine Burg zu errichten, von der Mißvergnügen und Rassenfeindschaft ausgehen. (Beifall.) Wie wieder soll es den Boeren möglich sein, die Engländer als eine untergeordnete Rasse zu behandeln. (Beifall.)

Die Debatte wurde Montagmitternacht 12 Uhr abgebrochen und wird Dienstagabend fortgesetzt. 27 Redner sind noch zum Wort gemeldet.

Wie von Anfang an außer Zweifel war, wird die Regierungspolitik eine bedeutende Mehrheit im Parlamente behalten. Chamberlains Rede hat jedenfalls nichts dazu beigetragen, diese Mehrheit zu verringern. Chamberlain hat durch selbstbewusstes Auftreten die wankenden Schoren von neuem an die Fahne des Imperialismus gefesselt. Chamberlain fühlt sich durch die Niederlagen in Südafrika nicht gebeugt, er ist überzeugt, daß das Uebergewicht der Engländer an Zahl der Truppen zur Erdrückung der Boeren führen dürfte. Er erklärt, daß binnen kurzem 200 000 Mann englischer Truppen in Südafrika stehen werden. Vielleicht noch bedeutsamer ist seine Ankündigung einer Reorganisation des gesamten englischen Militärwesens.

Noch stützt der imperialistische Wahn der englischen Bevölkerung die Eroberungspolitik Chamberlains. Aber die Vernunft ist unterwegs und die guten Boerenbüchsen werden die unterstützen.

Chamberlain bestätigt, daß Thomson nach den Tonga-Inseln gesandt worden ist, um mit dem König die nunmehrigen internationalen Beziehungen der Inselgruppe, wie sie sich durch den englisch-deutschen Vertrag vom November gestaltet haben, zu erörtern. — Unterstaatssekretär Wyndham erklärt, gegenwärtig seien keine Maßnahmen zum Entlass der aus Indien nach Südafrika geschickten Truppen beabsichtigt.

Walfour bemerkt, Nahrungsmittel als solche seien von England nie als Kontingente betrachtet worden. Aber Nahrungsmittel, die für eine im Felde stehende Armee bestimmt seien, würden von den Staatsrechtslehrern einstimmig als Kontingente angesehen. Dillon fragt, auf Grund welchen Beweismaterials die Frage entschieden würde. Walfour entgegnet, der Hauptbestand müsse durch das Preisengericht festgestellt werden. Dillon: Ist es die Absicht der britischen Regierung, die britischen Kreuzer anzuweisen, alle nach Lourenco Marques bestimmten Schiffsabladungen mit Besatzung zu belegen, bis ihr Charakter durch das Preisengericht festgestellt ist? Walfour: Ich kann über diesen Punkt keine Erklärung abgeben.

Unterstaatssekretär Brodrick erklärt, die zwischen England, Deutschland und Amerika abgeschlossene Samoa-Konvention sei vom Senat der Vereinigten Staaten am 29. Januar genehmigt worden. Die formelle Ratifikation würde unverzüglich ausgetauscht werden. Bis dahin trete die Konvention nicht in Kraft. Infolgedessen sei auch auf Upolu und Savaii eine deutsche Verwaltung noch nicht eingesetzt worden. — Was die französische Niederlassung in Shanghai betreffe, so sei der Hauptvorwand der englischen Regierung gegen die Andehnung derselben auf den Umstand zurückzuführen, daß gewisse britische Besitzobjekte in die geplante Abmachung Chinas mit Frankreich einbezogen würden. Brodrick verliest sodann die Bedingungen der seitens Inlands des Verlehten gewährten Anleihe, wie sie im „Journal de Saint Petersbourg“ veröffentlicht worden sind, und fügt hinzu: Wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß irgend welche Abmachung besteht, wonach die Zolleinnahmen von Bender Abbas an Rußland verpfändet würden.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Februar. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge ist zwischen den zur Verhandlungskongress zusammengetretenen Delegierten der Feudalen und der Junggelehrten ein Konflikt ausgebrochen, da die Feudalen sich gewelirt haben, der vom Abg. Engel abgegebenen Erklärung der Junggelehrten beizutreten. — Die daselbstige Blatt meldet, haben die deutsch-radikalen Abgeordneten des Oberlandes dem Ministerpräsidenten von Körber eine Erklärung überreicht, in welcher die inakzeptable Stellung des Oberlandes gegenüber Böhmen gewahrt und gegen die Einführung der rzechischen Sprache in Egerer und Nister Gebiet protestiert wird.

Die regierungsfremde Presse entnimmt der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Körber beim Zusammentritt der Verhandlungskongress, daß mancher Hoffnung auf einen internationalen Waffenstillstand in Oesterreich vorhanden sei. Die unabhängigen Blätter sehen dagegen einem langsamen und schwierigen Lauf der Verhandlungen entgegen.

Wien, 6. Februar. Im Ministerrats-Präsidium fand heute nachmittags die zweite Sitzung der von der Regierung einberufenen Verhandlungskongress statt, welche sich mit den mährischen Angelegenheiten beschäftigte. Die Konferenz beschloß nach einem längeren Meinungs-austausch, in der nächsten Sitzung in die meritorische Beratung über die Grundzüge der Regelung der Sprachfrage bei den landesfürstlichen und autonomen Behörden Mährens einzugehen.

Pressebureau der Regierung. Die „Wiener Abendpost“ meldet: Das Press-Departement des Ministerrats-Präsidiums wird derart ausgestaltet, daß es zu umfassenden Informationen in Fragen der inneren Politik und der staatlichen Verwaltung fähig erscheint. Dabei ist der Gebaute maßgebend, Journalen ohne Rücksicht auf deren Parteistellung und ohne Einschneidung auf deren Unabhängigkeit der Meinung auf allen Gebieten, wo amtliche Anknüpfungen über öffentliche Angelegenheiten gegeben werden können, solche unmittelbar in vollkommenen Verlässlichkeit und raschster Weise zu erstellen.

Prag, 5. Februar. Bei der heute wiederholten Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bieckbürgermeister Erb (Altegehe) mit 43 Stimmen gegen Podlupny (Junggehe) gewählt, welcher 41 Stimmen erhielt. Nach der Wahl fanden auf der Galerie und vor dem Rathause Kundgebungen für Podlupny und Erb statt.

### Frankreich.

Paris, 6. Februar. Der nationalistische Deputierte Faurin hatte teils dem Minister des Auswärtigen, Delcassé, mit, daß er eine Anfrage an ihn richten werde betreffend die Möglichkeit einer Intervention im Transvaalkrieg.

Im Senat hielt der wiedergewählte Präsident Fallières bei der Lebensnahme seines Amtes eine Ansprache, in der er betonte, welches hohe Ansehen der Senat genieße, sowohl als höchster Gerichtshof, als auch als gesetzgebende Versammlung und ergebener Anhängler der Republik, der keinerlei Fortschritt feindselig gegenüberstehe. Sodann äußerte Fallières, die Ergänzungswahlen zum Senat hätten den Beweis erbracht, daß Frankreich untrennbar mit der parlamentarisch regierten Republik verbunden sei und alle auf Plebiszit und Staatsrecht hingelenden Versuche zurückzuweisen würde. Am Schluß seiner Ausführungen sprach Fallières den Wunsch aus, Frankreich möge demnächst seinen Gästen das Schauspiel eines Volkes bieten, das im Innern geeint, auf sein Gees stolz und voll Vertrauen auf seine Zukunft sei.

### England.

London, 6. Februar. John Redmond ist heute einstimmig zum Vorsitzenden der Partei der irischen Nationalisten gewählt worden.

### Amerika.

Stockholm, 6. Februar. (S. I. V.) Betreffend den Gadingischen Antrag wegen Abtretung der an Mecklenburg-Schweden von Schweden im Jahre 1803 verpfändeten deutschen Besitzungen schlägt der zuständige Reichstags-Ausschuß vor, daß der Antrag zu keinem Schritt seitens des Reichstags Veranlassung geben solle.

### Asien.

Russische Drohungen in Centralasien. Die Londoner „Daily News“ erfahren aus Odessa: Die telegraphische Berufung des Generals Duhobski, des Generalissimus in Mittelasien, und des Generals Galigin, des Oberkommandanten im Kaukasus, nach Petersburg hat hier mehr oder minder aufregende Kombinationen hervorgerufen. Gleichzeitig erging der Befehl, das gesamte siebente Armee-Korps nach dem Kaukasus zu schaffen, was in hiesigen Militärkreisen als ein Anzeichen betrachtet wird, daß ein weiteres Armee-Korps nach Turkestan abgehen soll. Aus Tiflis wird gemeldet, daß die jüngst nach Rußland (nahe der Grenze von Afghanistan) gelangte russische Division dort bleibt und nach und nach durch kleine Kontingente aus Transkasien noch weiter verstärkt wird.

### Unfallversicherungs-Kommission

Die Kommission zur Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes beriet heute die §§ 7 und 7a der Vorlage. Nach § 7 soll die Berufsgenossenschaft das Recht haben, an Stelle ihrer sonstigen Leistungen freie Kur und Verpflegung zu gewähren. Zur Aufnahme solcher Verlehten, welche verheiratet sind oder eine eigene Haushaltung haben, oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, ist die Zustimmung der Verlehten erforderlich. Nach dem bestehenden Gesetz bedarf es solcher Zustimmung jedoch nicht, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann. Hierüber hinaus will die Vorlage die Zustimmung

auch dann für entbehrlich erachten, wenn der für den Aufenthaltsort des Verlehten amtlich bestellte Arzt bezeugt, daß Zustand oder Verhalten des Verlehten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert. Gegen diese Neuerung wenden sich die sozialdemokratischen Vertreter, da sie ein großes Mißtrauen der Arbeiterklasse gegenüber ausspricht und geeignet ist, die Anzahl der kranrigen Fälle zu vermehren, in denen durch Aufnahme in sogenannte Heilanstalten der Zustand der Verlehten verschlimmert worden ist. Vom Centrum sprach sich der Abg. Stöbel auch gegen diese neue Bestimmung aus. Die große Mehrzahl seiner Parteigenossen jedoch stimmte mit den Nationalliberalen, Freisinnigen und Konserverativen für die von der Regierung vorgeschlagene Neuerung. — Ein weitergehender sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß eine Inhabungsaufnahme nur in staatlichen oder von Seiten eines Kommunal-, Kreis- oder Provinzialverbandes verwalteten Heilanstalten erfolgen solle, und wünscht, daß bei der Aufnahme eines Verlehten in Privatinstalten stets die Zustimmung des Verlehten erforderlich sein solle. Die bekannten Entschiedenheiten des Reichs-Versicherungsamts und die lebhaften Klagen über die von Berufsgenossenschaften errichteten sogenannten Heilanstalten konnten nicht bestritten werden. Der Abgeordnete Stöbel vom Centrum gab zu, daß auch in den ihm bekannten Arbeiterkreisen die Klagen der Arbeiter über derartige Anstalten lebhaft sind. Trotzdem stimmten die Kommissionsmitglieder, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, gegen jenen Antrag, der das erweiterte Recht der Berufsgenossenschaften einengen sollte. — Dem gleichen Schicksal der Ablehnung verfielen die sozialdemokratischen Anträge, die in den Fällen, wo mehrere Krankenhäuser vorhanden sind oder wo die Lage des Verlehten einen weiteren Transport gestattet, die Wahl des Krankenhauses dem Verlehten zubilligen wollen. Ein Antrag, dem Verlehten in allen Fällen das Recht zuzugestehen, von der Berufsgenossenschaft an Stelle der sonstigen Leistungen freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt zu verlangen, wurde gleichfalls abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Antrage, der ausdrücklich ausdriickte, daß der Verlehte in der Heilanstalt neben seinem letzten Wohnort einen solchen auch an dem Orte, an dem die Heilanstalt belegen ist, erwerben soll. Es ist demnach die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein Verlehter durch zwangsweise Aufnahme in eine Heilanstalt auch noch sein Wahlrecht verliert.

§ 7a will der Berufsgenossenschaft die Befugnis einräumen, auch nach vollständigem Heilverfahren sowie nach teilweise wiedererlangter Arbeitsfähigkeit ein neues Heilverfahren eintreten zu lassen. Sozialdemokratischerseits war beantragt, daß dies nur mit Zustimmung des Verlehten erfolgen könne. Auch der Abg. Hise beantragte zunächst dasselbe, allerdings mit dem Zusatz, daß die Zustimmung des Verlehten durch die unteren Verwaltungsbehörden solle ersetzt werden können. Die Vertreter der Berufsgenossenschaft, die ja in der Reichstagskommission beinahe die Mehrheit bilden und die Vertreter der Regierung sprachen gegen diesen Antrag. Daraufhin zog der Abg. Hise seinen Antrag zurück, stimmte mit der Mehrheit seiner Parteigenossen, mit den Freisinnigen, den Konserverativen und Nationalliberalen gegen den sozialdemokratischen Antrag und für die Zustimmung der Vorlage. — § 7a will in seinem 2. Absatz den Verlehten durch folgende neue Bestimmung Maßnahmen der Berufsgenossenschaft gegenüber gestattung machen: „Es soll dem Verlehten, der sich Maßnahmen der Berufsgenossenschaft, insbesondere ihrer Anordnung, sich in ein Krankenhaus oder zu einem bestimmten Arzt zu begeben, ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund entzogen hat, der Schadenersatz auf Zeit ganz oder teilweise verweigert werden, sofern der Verlehte auf diese Folgen hingewiesen worden ist und sofern nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungenügend beeinträchtigt oder der Tod beschleunigt ist.“ Die Sozialdemokraten beantragten, diesen Absatz zu streichen eventuell aber die Nachteile mit dem Eintreten zu lassen, wenn das Verhalten des Arbeiters darauf ausging, seine Erwerbsfähigkeit vorläufig ungenügend zu beeinträchtigen, und wenn die Maßnahmen oder Anordnungen der Berufsgenossenschaft rechtmäßig geworden sind. Die anderen Mitglieder der Kommission wendeten sich hiergegen, obwohl das Centrum früher anerkannt hatte, daß eine solche Bestimmung eine schwere Beinträchtigung des Rechts der Arbeiter ist und obwohl von dem Reichs-Versicherungsamt veröffentlichte Gutachten der Professoren Jolly und v. Leyden vorgelegt werden konnten, aus denen sich ergab, daß in nicht seltenen Fällen durch die Erziehung des Kampfes um die Renten nervöse Erkrankungen und Geistesstörungen des Verlehten herbeigeführt worden sind. Seitens des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Lehr wurde beantragt, schon dann den Schadenersatz verweigern zu dürfen, wenn nachgewiesen wird, daß durch das Verhalten des Verlehten möglicherweise die Erwerbsfähigkeit ungenügend beeinträchtigt wäre. Dieser Antrag entspricht einer Petition der Berufsgenossenschaft. Bergelich bekämpften die Regierung-Vertreter diesen die Rechte des Arbeiters noch mehr einschränkende Antrages, die Berufsgenossenschaften haben um ihn gebeten, die Kommission stimmt mit Ausnahme der Sozialdemokraten für diese Verlehten-Entziehung der Vorlage. — Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten ging dahin: Die Unterstellung ist, falls der Verlehte innerhalb 2 Monaten vor der Anordnung des neuen Heilverfahrens oder der Aufnahme in der Heilanstalt Arbeit gehabt hatte, auf den Betrag des höchsten von dem Verlehten in dieser Zeit verdienten täglichen Arbeitsverdienstes zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Gang der bisherigen Verhandlungen wird sicherlich die Berufsgenossenschaften, in deren Interesse insbesondere die Freisinnigen arbeiten, erfreuen und wird jenen Teil der Arbeiter, der den Freisinnigen oder dem Centrum noch keine Stimme giebt, über die Arbeiterfreundlichkeit seiner Vertreter etwas aufklären.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch um 10 Uhr statt.

### Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte in ihrer Sitzung am Dienstagvormittag die Wahl des Abg. Harriehausen (Q. d. L.) 11. hannoverscher Wahlkreis — Northem-Ginob. Bei der Hauptwahl in diesem Kreise wurde von dem Leiter der im Kreise existierenden 17 Arbeitervereine, der zugleich Landrat des Kreises ist, ein Zirkular an alle Arbeitervereine erlassen, in dem aufgefordert wurde, um die Wahl eines Weibens oder Sozialdemokraten zu verhindern, dem bündelweise Kandidaten die Stimmen zu geben. Harriehausen kam mit 4107 Stimmen in die Stichwahl gegen unsern Kandidaten Fischer, auf den 4159 Stimmen gefallen waren. Harriehausen siegte mit 8266 gegen 8281 Stimmen, die auf Fischer fielen.

Der frühere Abgeordnete des Kreises, der Nationalliberale Jorus, war mit 500 Stimmen hinter dem Wähler zurückgeblieben. Von dieser Seite war nun gegen die Vereinzählung der Arbeitervereine in den Wahlkampf Protest eingelegt worden. Der Reichstag hatte seiner Zeit Erhebungen beschlossen, deren Resultat die Protestangaben in vollem Umfange bestätigten. Es wurde deshalb die Ausrückung der Wahl beantragt und trat die Kommission mit Mehrheit diesem Antrage bei.

### Partei-Nachrichten.

Die 12. Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Badens nahm diesmal zwei volle Tage in Anspruch. Es war vorausgesehen, daß die mit dem 1. April 1898 erfolgte Ueberführung des bisher im Privatbesitz des Genossen Adolf Weid befindlichen „Volk's Freund“ in das Eigentum der Partei, die Uebernahme des Blattes von seinem früheren langjährigen Erziehungsort Offenburg nach der Hebung Karlsruhe und seine gleichzeitige Umwandlung in ein Tagesblatt zu mannigfachen Erörterungen Anlaß geben werde. Das war nun auch in der That der Fall und hat zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis geführt. Auch die übrigen Verhandlungen der Landesversammlungen war von dem

Geist ernster und energischer Weiterarbeit im Sinne der modernen Arbeiterbewegung getragen.

Die Landesversammlung war von 51 Delegierten aus 46 Orten aller Teile des Landes besucht. Außerdem waren die aus sieben Köpfen bestehende socialdemokratische Landtagsfraktion sowie die Vertreter des Verlags und der Redaktion des „Vollstreund“ anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes haben wir das Wichtigste schon vor einiger Zeit mitgeteilt.

Einen äußerst sorgfältig ausgearbeiteten Bericht erstattete Genosse Eugen Ged als Geschäftsführer des „Vollstreund“, der in der Lage über die Zeit seit dem täglichen Erscheinen unseres Parteiorgans (1. April) bis Ende 1899. Die Einnahmen und Ausgaben des Verlags bilanzieren mit 41 311,07 M. Die Gesamtauflage des „Vollstreund“ ist seit 1. April 1898 von 4400 auf 6400 zahlende Abonnenten gestiegen und noch fortwährend im Wachsen begriffen. Wie sehr die Verlegung des Blattes von dem wenig industriereichen Oberland nach dem äußerst gewerbetätigen badiſchen Unterland gerechtfertigt war, das geht deutlich aus der Thatsache hervor, daß die gesamte Mehrzahl des Blattes auf die unterländischen Wahlkreise entfällt. Den bisherigen Redactoren des „Vollstreund“, Hendrich und Kolb, wird auch fernerhin die Leitung des Blattes anvertraut bleiben.

Ueber die Thätigkeit der socialdemokratischen Landtagsfraktion erstattete Abg. Geis-Rannheim einen ausführlichen Bericht, der von Adolf Ged ergänzt wurde. Es ging daraus hervor, daß unsere Vertreter auf allen Gebieten des staatsbürgerlichen Lebens im Sinne unseres Parteiprogramms mitgearbeitet, die Rechte der unteren Volksklassen zu wahren und zu mehren und ihre materielle Lage zu verbessern gesucht haben. Einen breiten Rahmen nahm dabei die Fürsorge für die Unterbeamten und Arbeiter der badiſchen Staatseisenbahnen ein. Das Wirken der Fraktion fand denn auch, von vereinzelt unglücklichen Ausstellungen abgesehen, die Anerkennung der Verammlung. Die Verammlung stimmte zwei von Karlsruhe gestellten Anträgen zu, wonach im Landtag eine Aenderung der Städte-Ordnung mit ihrem dem Stadtrat eingeräumten distalorischen Befugnissen angeregt, insbesondere auf die Befestigung des Stimmrechts des Stadtrats in der Stadtverordneten-Verammlung sowie auf die Erweiterung der Rechte der letzteren hingewirkt werden soll; außerdem wurde die Fraktion beauftragt, alljährlich einen gedruckten Bericht über ihre Thätigkeit in Verbindung mit einer kritischen Besprechung der im Landtage vertretenen Parteien herauszugeben. Die Kosten dieses Berichts sollen durch Abgaben von den Logegebieten unserer Abgeordneten bestritten werden. Auch den Mischständen im privaten Vermittlungswesen für Arbeits- und Dienstpersonal wird in der Zukunft von unsern Abgeordneten besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

Ein von Vadenburg gestellter Antrag, bei Landtags-Wahlen künftig jeden „Kompromiß“ mit bürgerlichen Parteien zu vermeiden, wurde, nachdem Dreesbach ihn auf nachdrücklichste bekämpft hatte, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Es wurde dabei auf die politische Unzulänglichkeit derartigen Anschauungen hingewiesen, deren einzige Folge die sei, die nationalliberale Regierungspartei ohne jeden anderweitigen Vorteil zu stärken und dem reaktionären Ministerium Eisenlohr dadurch die Wege zu ebnen. Besonderer Wert wurde auf die Feststellung gelegt, daß die für die socialistische Politik bei den jüngsten Landtagswahlen maßgebend gewesenem Durlacher Beschlüsse durchaus nicht von einem Kompromiß mit der bürgerlichen Opposition belegen, sondern lediglich und ohne jede Gegenleistung die Unterstützung der Opposition in für und anschließenden Wahlbezirken fordern.

Der diesjährige internationale Socialistenkongreß zu Paris soll nach einem Beschlusse der Verammlung mit zwei offiziellen Delegierten der badiſchen Landesorganisation besetzt werden, als welche mit Stimmmehrheit die Abg. Dreesbach und Adolf Ged gewählt wurden.

Den Schluß der zweitägigen Verhandlungen bildete die Renovation des Vororts und die Wahl des Vorstandes der Landesorganisation. Einer Anregung der Landtagsfraktion folgend, beschloß die Verammlung auch noch die Bildung einer fünfgliedrigen Kontrollkommission nach dem Muster des Organisationsstatuts der deutschen Gesamtpartei. Dieser Kommission soll die Prüfung des Rechnungs- und Kassensystems, sowie die Prüfung und Schlichtung etwaiger Differenzen übertragen werden, die zwischen dem Landesvorstand einerseits und den Mitgliedschaften oder der Leitung und Verwaltung der Parteipresse andererseits entstehen können; bei ihrer Zusammenfügung sind die verschiedenen Landesparteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Abstimmung ergab die Wahl der Genossen Haag-Freiburg, Fleig-Hornberg, Luz-Vaden, Horst-Durlach und Dreesbach-Rannheim.

Als künftiger Vorort wurde einstimmig Pforzheim bestimmt und die dortigen Genossen Opitzius, Dauer, Klein, Blum und Lauer mit der Leitung der Parteigeschäfte für das laufende Jahr betraut.

**Gemeindevahlen.** Bei der Gemeindevahlenwahl in Freiheit bei Osterode wurde in der dritten Wählerklasse der socialdemokratische Kandidat gewählt.

**Partei-presse.** In die Redaktion der „Frankischen Tagespost“ tritt am 1. April an Stelle des Genossen Sidelman der Genosse Scheidemann, gegenwärtig Redacteur der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ in Siegen.

**Einen Deutschen** wollen die Parteigenossen Hanau dem vor wenigen Wochen verstorbenen Genossen Daxbach errichten. Der Kreisvertrauensmann Kraß in Hanau ersucht deshalb Freunde des Verstorbenen um einen Beitrag zu diesem pietätvollen Unternehmen.

**Die socialdemokratische Landtagsfraktion des Gotha'schen Landtags,** die aus sechs Mann besteht, ist von dem freisinnigen Redacteur Himmlein in Gotha wegen Verleumdung verklagt worden. Auf eine Beschuldigung Himmleins im „Goth. Ztbl.“, daß socialdemokratische Landtags-Abgeordnete verächtlich, unumgängliche Dienstmädchen unter Anbietetung von Geldentschädigung zur Verleumdung ihrer Dienstpflichten aufzufachen, antwortete die Fraktion öffentlich damit, daß sie Himmlein als Lügner und Verleumder bezichnete.

**Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.**  
Die Düssel-dorfer Polizei hatte sämtliche Vorstandsmglieder des dortigen Socialdemokratischen Volksvereins in eine Geldstrafe genommen, weil der Vorstand Änderungen innerhalb des Vorstandes der Polizei nicht besonders mitgeteilt hatte. Der Volksverein beschloß, ein richterliches Urteil in dieser Sache herbeizuführen, weshalb die Vorstandsmglieder gegen das Strafmandat Einspruch erhoben. Das Düssel-dorfer Schöffengericht sprach sämtliche Angeklagte frei, der Amtsanwalt legte hiergegen Berufung ein, doch verwarf das Berufungsgericht heute den Einspruch, so daß es bei dem freisprechenden Erkenntnis bleibt. Die Angeklagten hatten unter Zustimmung der Richter ausgeführt, daß sie laut § 2 und B der Verordnung vom 10. März 1890 nur „Veränderungen der Vereinsmitglieder“ der Polizei mitteilen hätten, und zwar nur mit Bezug auf den Mitgliederbestand. Die einzelnen Vorstandsmglieder seien Mitglieder des Vereins und ja als solche der Polizei angemeldet. Uebrigens sei die Polizei über die Vorstände niemals im unklaren gelassen worden, hätte ja event. auch nachfragen können.

### Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 5. Februar geschrieben: Die heutige Nachschicht zeigt einen völlig unveränderten Stand des Streiks. Die kleinen Schwankungen in der Zahl der Ausfahrenden belegen für die allgemeine Lage gar nichts; das Wesentliche ist, daß die Bergarbeiter trotz der langen Dauer des Streiks ungebroschen dastehen und die Hoffnung, der Streik werde allmählich abbrechen, sich immer eindringlicher als durchaus eitel erweist. Das scheinen nun auch die Gewerke begreifen zu wollen, wenigstens die von

Ostrau-Karwin. Wie schon gestern berichtet, wird auf Verlangen der Unternehmer das Einigungsamt wieder zusammengetreten und die sachlichen Verhandlungen werden endlich nach vierwöchentlicher Ausstandsbauer beginnen können. Von Seite der Grubenbarone wird die Nachricht verbreitet, die Gewerke wollen einen ehrlichen Frieden schließen, damit die Streik-gefahr auf lange Zeit hinaus gebannt werde. Freilich, wenn hinzugefügt wird, daß die Unternehmer die Grenze der Konzessionen vorweg fixieren wollen, sich die „Verhandlungen“ also so denken, daß die Arbeiter anzunehmen haben, was die Unternehmer zu gewähren die Gnade haben werden, so ist die Beilegung des Streiks noch nicht so nahe, als sie allzu hoffnungsvolle Optimisten sehen wollen. Mit einer jener billigen „Lohnerböhrungen“, die bei den wechselnden Bedingungen den Arbeitern in ein paar Tagen unter den Händen zerfallen, werden die Herren Gewerke den diesmaligen großen Kampf nicht beschwichtigen, da werden sie schon die Güte haben müssen, etwas tiefer in den Tod zu greifen. Was die Arbeitszeit betrifft, so heißt es, daß unter Regide der Regierung eine aus Unternehmervertretern und Arbeitern zusammengesetzte Kommission bestellt werden soll, die die Sichtdauer nach den Verhältnissen in den einzelnen Gruben zu bestimmen haben wird. Die Ausschüden-schicht würde also dort Platz greifen, wo sie nicht direkt „unmöglich“ ist. Das wäre immerhin ein diskutabler Vorschlag, vorausgesetzt, daß es die Gewerke ehrlich meinen, was nach ihren Thaten zu glauben sehr schwer fällt.

Wiel düsterer schaut die Situation in Böhmen, speziell im Aladnoer Revier aus. Hier regiert die bekannte Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, deren Herr und Gebieter der ebenso bekannte Herr Wittgenstein ist. Dieser Mensch leidet an Cäsarenwahnsinn; er ist eine österreichische Ausgabe des Freiherren von Cramm. In zwei Decennien hat er ein Vermögen von 20 bis 30 Millionen Gulden gemacht; was Wunder, daß er sich als eine Allmacht fühlt, an die mit Forderungen heranzutreten eine wahre Gotteslästerung scheint. Und dabei könnte die Regierung gerade den Herren vom Eisenorteil leichtlich sehr unangenehm werden. Die Macht der Eisenherren beruht nämlich auf dem Eisenzol, der die Konkurrenz des Auslands ausschließt und den fertelstehenden Eisenwerken es möglich macht, die ganze österreichische Industrie monopolistisch anzubauen. Wenn die Regierung aus ihrer schlaftrigen Energie heraus könnte, hätte sie die Aladnoer Monopolisten schon längst bezogen.

Statt dessen überdieten sich alle Behörden in Verfolgungen der Arbeiter. Vor ein paar Tagen ist ein Straf bekannt geworden, den Herr v. Körber als Minister des Innern an die Landesbehörden gerichtet hat, worin den Beamten strengste Geheimschweigheit und größter Eifer zur Pflicht gemacht wird. Aber das so schon stilisierte Handschreiben des Ministers ändert an der eingetourzelten Frechheit der Bezirksbehörden gar nichts. So wurden die für gestern in Korbböhmen einberufenen Verksammlungen entweder aufgelöst oder verboten, der Teplicher Bezirks-hauptmann — natürlich ein Graf, denn ohne die Adligen geht es in Oesterreich nirgendwo — agitiert persönlich für die Aufnahme der Arbeit, also für Streikbruch, zwei Mitglieder des Streikkomitees in Teplich sind unter wichtigen Vorwänden verhaftet worden — kurz, es wird so gewirtschaftet, als ob der Sieg der hölgerrigen Unternehmer der größte Nutzen für den Staat und das größte Erfordernis der Kultur wäre. Zum Glück prallen die behördlichen Einschüchterungsversuche an der ehernen Mauer der Solidarität der Arbeiter wirkungslos ab!

**Wien, 6. Februar.** Der „Neuen Freien Presse“ zufolge wird der Ministerpräsident, dem Wunsch der Parteien entsprechend, sowohl der böhmischen als auch der währischen Verständigungskonferenz präsidieren und, bei gleichzeitiger Tagung, in der währischen durch den Justizminister v. Spens vertreten werden.

**Wien, 6. Februar.** Privatdepesche. In Teichen trat heute das Einigungsamt zusammen und die sachlichen Verhandlungen begannen. Nach einer eingehenden Diskussion, an der sich Unternehmer und Arbeiter beteiligten, gab der Vorsitzende Baron v. Elbert im Namen der Regierung eine Erklärung ab. Die Regierung, heißt es darin, verkenne nicht die Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau und sei bereit, dabei hilfreich mitzuwirken. Sie werde also eine Kommission einlegen, die die Vorerhebungen zu einem Befehl auf Abkürzung der Arbeitszeit zu machen haben werde. In diese Kommission würden Unternehmer und Arbeiter berufen werden. Die Kommission tritt spätestens 1. März zusammen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. Welche Konzessionen die Gewerke in der Lohnfrage machen wollen, wird man erst morgen hören.

### Gewerkschaftliches.

#### Deutsches Reich.

**Die Handschuhmacher in Burg** haben mit den Unternehmern eine Vereinbarung getroffen, die ihnen die 10 stündige Arbeitszeit und 14 bis 20prozentige Lohnerböhrung gewährt. Die Fabrikanten verpflichteten sich durch Unterschrift, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Lehrlingsverhältnisse zu regeln. Neben der guten Geschäfts-konjunktur und dem bereitwilligen Entgegenkommen der Fabrikanten, verdanken die Handschuhmacher diesen vollständigen und schnellen Erfolg ihrer guten Organisation.

**In Sachsen-Weimar** folgt ein Verksammlungsverbot dem andern. Abermals ist eine Gewerkschaftsverammlung verboten. Am 3. Februar ist in einer von der Jenaer Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in Weimarsena einberufenen Metallarbeiter-Verammlung Genosse Leber in Jena über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Metallarbeiter“ einen Vortrag gehalten. An demselben Tage erhielt nun der Einberufer von dem Bürgermeister in Weimarsena folgenden Bescheid, daß die Verammlung verboten werde, da der in Aussicht genommene Redner als socialdemokratischer Agitator bekannt ist und zu erwarten steht, daß derselbe das aufgestellte Thema in einer aufreizenden Weise behandeln wird.

Der genannte Bürgermeister hatte bisher das Glück, am häufigsten seine Polizeimacht nach dieser Richtung zu betätigen. Es ist wirklich stark, in welcher Weise man es zur Zeit in dem gesegneten Ländchen mit seinen liberalen Traditionen wagt, das Verksammlungsrecht zu handhaben.

**In der Maschinenfabrik von Friedr. Spich u. Söhne** in Warmen sind fast alle Arbeiter, ca. 300 Mann, in den Ausstand getreten, weil die Firma den von den Arbeitern geforderten Lohnzuschlag von 25 Proz. auf Ueberstunden nicht bewilligen wollte.

**70 Weber** der Teppichfabrik von Gortwerk u. Co. in Warmen haben die Kündigung eingereicht, weil ihre Forderung, 10 Proz. Lohnzuschlag, beim Fabrikanten keine Berücksichtigung fand. Die Kündigungsfrist läuft am 10. Februar ab und wird es zweifellos zum Ausstand kommen. Herr Gortwerk rechnet bestimmt auf Arbeitswillige, die er sich aus England importieren lassen will und sieht dieses auch ziemlich mehr kosten, wie der zehnprozentige Lohnzuschlag ausmachen würde. Das Prinzip: „Herr im Hause“ will dieser Unternehmer unter allen Umständen wahren.

**Der Streik auf dem Emaillewerk in Düsseldorf.** Der städtische Beigeordnete Dr. Wülfing war angekommen worden, zwischen den Streikenden im Emaillewerk Worchmann und Ubers zu Düsseldorf einen Einigungsversuch anzubahnen. Die Firma erklärte sich bereit, nur 18 der Streikenden wieder in Dienst zu nehmen, während die Streikenden sämtlich auf den mitgeteilten Forderungen beharren, sowie sämtlich wieder eingestellt werden wollen. Somit ist der Einigungsversuch gescheitert. Das Gewerbegericht wird sich nun aller Wahrscheinlichkeit nach der Sache annehmen.

#### Ausland.

**In der Reschinger Maschinenfabrik** der österreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft haben 1800 Arbeiter die Arbeit eingestellt.

weil die Accordlöhne um 10 Prozent herabgesetzt sind, da die Bestimmungen für Rumänien und Italien zu gebrochenen Preisen übernommen worden sind. 1000 Arbeiter der Puddelhütte sind aus Solidarität ebenfalls in den Ausstand getreten, während die Kohlenarbeiter sich dem Streik nicht angeschlossen haben.

### Gerichts-Zeitung.

**Der Prozeß Armin** und Genossen in Stettin, der seiner Zeit auf 14 Tage vertagt worden war, hat gestern wieder begonnen. Das Verfahren gegen den 69-jährigen Angeklagten L. H. m. wurde wegen dessen Kranklichkeit von der Verhandlung abgetrennt. Verteidiger Justizrat Dr. Sello lebte die als Sachverständige beschiedenen Bankdirektoren Jöel und Dr. Hedemann wegen Besorgnis ab. Weiter ist aus der Verhandlung nichts von Belang zu melden.

### Südafrika.

Das britische Kriegsamt hat eine Depesche von Lord Roberts erhalten, nach welcher die Lage auf dem Kriegsschauplatz unändert ist. Die Meldung, daß Buller den Tugela wiederum überschritten habe, ist also falsch. Nur vom südlichen Kriegsschauplatz liegen einige Nachrichten vor. Aus Neusburg wird gemeldet: „Man sah, wie heute die Boeren eifrig bei der Arbeit waren, um für ihre Artillerie eine neue Stellung zu schaffen. Die britischen Truppen verteidigten sie sofort durch Beschichtung mit Erdhügeln, wodurch gleichzeitig die von ihnen angeführten Werke zerstört wurden.“

**Aus Kapstadt** liegt vom 5. Februar eine Meldung des „Netherlands Bureau“ vor: Nachfolgendes Telegramm ist hier aus Raanvort eingegangen: Hier, in Neusburg und Hanover Road herrscht große Thätigkeit wegen der Thatsache, daß eine starke Abteilung Infanterie abgeandt wurde, um von Korbals Post Vey zu nehmen. — Es sind ferner Nachrichten eingegangen, daß die Boeren in Colesberg thatsächlich eingeschlossen sind.

Alle diese Nachrichten aus englischer Quelle wird man natürlich keineswegs als der Wahrheit entprechend ansehen müssen.

### Aus Pretoria.

wird vom 3. d. Mts. berichtet: Entsprechend der durch die Resolution des Volksraad vom 28. September der Regierung erteilten Befugnis ist jetzt eine besondere Kriegsteuer zur Erhebung gelangt. Die Steuer beträgt 2 Pfund Sterling für je 100 Morgen einer Farm, 5 Pfund für jedes Erf (kleines Grundstück) oder halbe Erf und 2 1/2 Pfund für ein Viertel-Erf. Die Steuer wird von allen Nichtausfahrenden, allen Gesellschaften und Syndikaten, deren Mitglieder nicht durchweg Bürger der Republik sind, und von Bevollmächtigten erhoben.

Die russische Sanitätsabteilung geht nächster Tage nach Volksraad ab. Ein Teil der belgischen Abteilung des Roten Kreuzes geht heute nach Wafeking weiter.

### Gegenseitige Vorwürfe.

Die Präsidenten Krüger und Steijn sandten am 3. d. M. an Feldmarschall Lord Roberts eine Mitteilung, in welcher sie gegen die Zerstörung von Häusern und Verwüstung von Grundeigentum protestieren. Roberts erklärte in seiner Erwiderung, daß die Beschuldigungen unbestimmt und unbegründet seien; eine mutwillige Zerstörung entspräche nicht dem Geiste der Engländer. Die Erwiderung besagt ferner, Roberts bedauere, daß die Streitkräfte der beiden Republiken in verschiedenen Fällen gegen den Krieggebrauch zivilisierter Nationen verstoßen hätten, besonders dadurch, daß sie in den Distrikten, in die sie eingedrungen waren, treue Unterthanen der Königin Victoria aus ihren Heimstätten vertrieben hätten. Der Versuch, Leute zum Kampf gegen ihre Königin und gegen ihr eigenes Land zu zwingen, sei barbarisch.

Lord Roberts dürfte natürlich wissen, daß sich die Holländer im Kapland nicht gezwungen, sondern freiwillig an die Boeren anschließen.

### „Gans Wagner“ freigegeben?

Aus Hamburg wird telegraphiert: Die hamburgische Bark „Gans Wagner“, Kapitän Müllmann, von Hamburg nach Port Elizabeth und Delagoa Bai, welche in Port Elizabeth von den englischen Behörden zurückgehalten wurde, ist laut Telegramm an den Redner, H. D. J. Wagner hiersebst, von Port Elizabeth weitergeschickt. Es ist dies das letzte der in Südafrika von den Engländern zurückgehaltenen Schiffe.

### Schwierigkeiten in Aegypten?

Aus Kairo wird gemeldet: Oberst Maxwell ließ verschiedene eingeborene Offiziere verhaften, die zur Insubordination aufreizten. Der Oberkommandant Bingate, der beauftragt war, alles anzubieten, um die Disziplin wieder herzustellen, meldet, daß die Lage ernst war, aber sich gebessert hat. Aus Kairo wurden mehrere Mordgeschäfte nach dem Kap geschickt.

### Letzte Meldungen.

**Pretoria, 5. Februar.** (Meldung des „Netherlands Bureau“.) Ein Telegramm aus Colesberg meldet, daß die britischen Streitkräfte sich bis auf sieben Meilen Kasterang genähert hätten.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Fortsetzung der Adreßdebatte.

London, 6. Februar.

Nach den Worten Brodricks nimmt das Haus die eigentliche Adreßdebatte wieder auf. Asquith (liberal) bestreitet, daß es sich bei dem Antrag Fitzmaurice um ein Manöver faktischer Opposition handle, welche bemüht sei, ihm eigenen internen Privatigkeiten zu verbergen und in den Augen der Welt den Anschein zu erwecken, als ob die Nation gespalten sei. Wenn die Opposition nicht diese Debatte hervorgerufen hätte, so würde sie sich eines Verzichts auf die Funktion einer Opposition schuldig gemacht haben. Das Wort „unvermeidlich“ sei in keiner Weise auf den Ausbruch des Krieges mehr anwendbar als auf die groben Fehler und die Unglücksfälle, welche dieser Krieg mit sich gebracht habe. Nie habe man in der Geschichte von einem Kriege gelesen, der sich durch gefunden Menschenverständnis und donaldides auf beiden Seiten habe vermeiden lassen.

„Aber dieser Krieg“, fährt Redner fort, „wurde von der britischen Regierung weder beabsichtigt noch gewünscht, und Krüger hätte ihn vermeiden können. (Beifall bei den Ministerialen.) Wenn ich gedacht hätte, daß die Verhandlungen der britischen Regierung eine bloße Verhüllung und ein Vorwand seien, und daß hinter ihnen die nicht ausgesprochene Absicht lag, die Unabhängigkeit der beiden Republiken zu untergraben und den Weg zu ebnen für die Annexionierung Transvaals, wenn ich geglaubt hätte, daß die Regierung der behörte Handlanger einer Bande von Spekulanten werden sollte, dann hätte ich es trotz der Invasion in das britische Gebiet und trotz des Verlustes so vieler Menschenleben nicht mit meinem Gewissen in Einklang bringen können, auch nur einen halben Penny für die Fortsetzung des Krieges zu bewilligen. Das ist aber nicht die Meinung des Hauses oder der großen Mehrheit des britischen Volkes. Deshalb erkennen wir, so sehr auch die Führung der Verhandlungen zu kritisieren und zu verurteilen sein mag, doch die Pflicht und die Verantwortlichkeit an, den Krieg fortzuführen und dabei der Welt ein einiges Parlament und ein einiges Volk zu zeigen. (Beifall.)

Nach Asquith sprachen noch zahlreiche andere Redner.

**Washington, 5. Februar.** Der Senat ratifizierte die Vereinbarungen der Haager Friedenskongferenz.

**Paris, 5. Februar.** Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

141. Sitzung vom 6. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesrath: Graf Posadowsky, Nieberding.

Die zweite Beratung der sogenannten

Lex Heinze

wird fortgesetzt bei § 182a, dem von der Kommission eingelegten sog. Arbeitgeber-Paragrafen. Derselbe lautet: „Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, welche unter Mißbrauch einer durch das Arbeits- oder Dienstverhältnis begründeten wirtschaftlichen Abhängigkeit, durch Androhung oder Verhängung von Entlassung, von Lohnverhinderung oder von andern mit dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zusammenhängenden Nachteilen oder durch Zusage oder Gewährung von Beförderung, von Lohnerhöhung oder von andern aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis sich ergebenden Vorteilen ihre Arbeiterinnen oder sonstigen weiblichen Dienstverpflichteten zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 600 M. erkannt werden.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soc.):

a) Zu Absatz 1 hinter „bestimmen“ einzuschalten „und berleiten“.

b) Absatz 2 (die Verfolgung usw.) zu streichen.

c) folgenden neuen Absatz hinzuzufügen: Die Strafverfolgung des in diesem Paragraphen mit Strafe bedrohten Vergehens verjährt in einem Jahr.“

Die Abgg. Veith-Coburg und Genossen (frs. Vp.) beantragen, in Absatz 1 die Worte „oder durch Zusage“ bis „Vorteilen“ zu streichen.

Abg. v. Treuenfels (wiltl.):

Ich bitte Sie im Namen eines Teils meiner politischen Freunde, diesem Vorschlag der Kommission zuzustimmen. Gegenüber den idealen Zielen, die dieser Paragraph fördert, stellen wir alle unsere Bedenken in Bezug auf Erpressung und Demunziation zurück. Die Verhältnisse in manchen großen Geschäften in dieser Beziehung sind ja fast allgemein bekannt. Weilen die Mädchen die unbilligen Anträge ihrer Arbeitgeber zurück, so verlieren sie ihre Stellung. Ich halte es für ein nobles officium des Reichstags, daß er diesen Paragraphen mit möglichst großer Majorität annimmt. Die weitere Verantwortung für die bestehenden schiefen Verhältnisse trägt dann die Regierung. (Bravo!)

Abg. Veith-Coburg (frs. Vp.):

Es ist etwas anders, ob wir eine Handlung für moralisch verwerflich halten, oder ob wir sie in weitesten Umfang gesetzlich mit Strafen belegen. Auch wir halten unbillige Anträge der Arbeitgeber für moralisch verwerflich, wollen aber doch aus praktischen Gründen den Umfang der Strafbestimmungen unsern Anträge gemäß etwas beschränken. Wir fürchten vor allem, daß der Paragraph zu sehr häufigen Demunziationen Veranlassung geben wird. Einige Verbesserungen hat ja die Kommission schon in den Paragraphen hineingebracht, so z. B. die Bestimmung, daß auf Gefängnisstrafe nur bis zu einem Jahre erkannt werden kann. Die Socialdemokraten beantragen nun eine bedeutende Verschärfung des Paragraphen, indem sie die Bestimmung streichen wollen, daß die Verfolgung nur auf Antrag eintritt. Ich hoffe, daß dieser Antrag nicht die Mehrheit des Reichstags findet. Er muß notwendigerweise gebilligt werden, die jedes Grundes entbehren, zur Folge haben. Ebenso sind die andern Anträge der Socialdemokraten für uns unannehmbar. Dagegen bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen. Wenn einem Mädchen ein Vorteil geboten wird, so wird es doch nicht seiner Willensfreiheit teilhaftig oder vollkommen veräußert, wie dann, wenn ihm ein Nachteil angedroht wird. Wenn ein Mädchen dann sittlichen Halt genug hat, wird es den gebotenen Vorteil eben nicht annehmen. In den meisten Fällen wird übrigens der Paragraph doch zu Ungunsten der Mädchen ausfallen. Wenn es nicht ein besonders häßliches Mädchen ist, daß kein Geld recht dramatisch zu verdienen weiß, so wird meist zu seinen Ungunsten entschieden werden, weil man seinen Angaben nicht Glauben schenken wird. Gerade die Schlimmsten, die erfahrenen unter den Verführern werden frei ausgehen. Uebrigens sind ja auch nach dem bisherigen Gesetz schon alle unbescholtenen Mädchen bis zum 16. Jahre oder, wie Sie beschloffen haben, sogar bis zum 18. Lebensjahre gegen Verführung geschützt. Schließlich bedenken Sie doch auch, wie laienhaftig der Begriff „Vorteile“ ist, was man alles darunter verstehen kann. Die Kommission hat sich ja mit großer Mehrheit entschlossen, diesen Paragraphen in das Gesetz aufzunehmen, und so wird er ja wohl auch hier im Plenum angenommen werden. Ich bitte Sie aber recht dringend, wenigstens die Fassung des Paragraphen in dem Sinne zu verändern, wie wir das beantragt haben. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Heine (Soc.):

Wenn ich das Wort nehme, um für den sogenannten Arbeitgeber-Paragraphen zu sprechen, so fühle ich mich verpflichtet, voranzuschreiten, daß wir principiell allerdings keine Freunde von derartigen neuen strafrechtlichen Bestimmungen sind, und daß wir uns gar nicht einbilden, bestehende sociale Schäden dadurch zu heilen. Zur Bekämpfung des Übels sind schließlich ganz andre Dinge notwendig. Wir wissen genau, daß diese Vergehen aus den allgemeinen Verhältnissen der heutigen Gesellschaft, namentlich aus dem Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter, folgen. Vor allem wissen wir, daß es unbedingt erforderlich ist, die autoritative Stellung, die der Arbeitgeber seinen Untergebenen gegenüber hat, zu brechen und ihr den eigentlichen Nimbus zu nehmen, mit dem man sie von seiten der herrschenden Klassen zu umgeben bemüht ist. Wir wissen auch, daß es nötig ist, vor allem die Mädchen und Frauen zu einer höheren politischen Bildung zu erheben, und sind in dieser Richtung fortwährend redlich bemüht. Trotzdem sind wir einstweilen dafür, ein solches Notgesetz anzunehmen, bis die gesellschaftlichen Verhältnisse sich geändert haben, und das wird ja nicht so schnell gehen. Die Fälle, um die es sich hier handelt, sind sehr häufig. Ich habe aber nicht die Absicht, Sie mit Einzelheiten zu langweilen. Wer sich in der Welt einermachen umhert, weiß genau, wie oft die Stellung des Arbeitgebers gerühmt wird, um die Untergebenen zur Duldung unbilliger Handlungen zu zwingen, nicht nur in der Industrie, sondern auch bei ländlichen Arbeitgebern, und gerade da wird ganz besonders der Hebel angegriffen werden müssen. Ich erinnere mich aus meiner Praxis eines Falles, wo festgestellt wurde, daß der Werkführer einer hiesigen Fabrik in seiner Absicht ein Bett angelegt hatte, um es für diesen Zweck zu benutzen, und daß alle Mädchen, die einen Tag Urlaub oder eine kleine Lohnerhöhung wünschten, hier vorher ihre Gegenleistung abgeben mußten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist gewöhnlich festgestellt worden, ohne daß es möglich war, diesen Leibelthäter zu bestrafen. Er wurde natürlich entlassen. Dieses Gesetz ist übrigens umso unbedenklicher, als die Strafe, die es androht, eine ganz geringe ist. Man muß sich klar machen, daß ein Arbeitgeber, der die jugendliche Arbeiterin mit der Drohung, sie zu entlassen, um die geschlechtliche Unbescholtenheit bringt, mit 3 M. Geldstrafe bestraft werden kann, daß aber ein Arbeiter, der dem Arbeitgeber sagt: Ich stelle die Arbeit ein, wenn Du mir nicht eine Mark Lohnzusage gibst, wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter 2 Monaten bestraft wird. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist charakteristisch für die Verhältnisse, die das liebe Eigentum und die Arbeiter bei uns gemühen.

Jedenfalls werden diejenigen, die den Schutz des Eigentums für außerordentlich notwendig halten, nicht umhin können, nun dieser Erpressung, die sich gegen die weibliche Ehre richtet, ihre bisherige Straflosigkeit zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Strafbestimmung ist so gering, daß man fast zweifeln kann, ob man unter diesen Umständen nicht auf eine Erhöhung dringen muß. Es liegt uns aber nicht an besonders hohen Strafbestimmungen.

Es ist gegen diesen Paragraphen angeführt, daß die Ermittlung sehr schwierig sein würde, daß eine häßliche Person möglicherweise eine Verurteilung des Verführers herbeiführen kann, während das einer nicht mit solchen Reizen ausgestatteten nicht gelingen würde. Ich will nicht so über unsre Richter denken. Es ist aber auch nicht richtig, daß die Ermittlung so schwer sein würde. Wer einmal solche Dinge macht, macht sie wieder. Die Klage läßt das Müssen nicht. Früher oder später wird ein Arbeitgeber doch überführt werden. Ich erinnere mich eines Falles, wo ein Dienstherr sein Dienstmädchen nachlässigerweise überfallen und durch Drohung zur Duldung unbilliger Verleumdungen gezwungen hat. Sie hatte Demunziation eingereicht, und das erste war, wie gewöhnlich, daß nicht gegen den Arbeitgeber, sondern gegen das arme Mädchen wegen Verleumdung und willkürlich falscher Angaben vorgegangen wurde, und es zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Den Bemühungen der Staatsanwaltschaft gelang es aber, den wahren Sachverhalt aufzuklären. Sie ließ sich die sämtlichen früheren Dienstheften dieses Herrn nennen, und stellte in der That fest, daß dieser noble Herr nicht nur in einem Falle, sondern mit allen seinen Dienstmädchen die betreffende Handlung vorgenommen hatte. Der Arbeitgeber wurde daraufhin wegen Verleumdung verurteilt. — Weiter ist angeführt, daß der Paragraph zu Demunziationen und Erpressungsversuchen Anlaß geben würde. Ich will nicht leugnen, daß dies sehr leicht möglich ist. Aber die Gefahr ist am Ende hier nicht größer als beim Strafgesetz, das sich gegen Handlungen richtet, die sich unter vier Augen abspielen pflegen. Vor allen Dingen müßte man dann den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen aufheben. Denn notorisch wird kein anderer Paragraph zu falschen Demunziationen und Erpressungsversuchen so viel benutzt, wie gerade der Majestätsbeleidigungs-Paragraph. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Gefahr, daß diese Erpressung in dem vorliegenden Falle in größerem Umfang geübt werden kann, ist nicht so groß. Unsere Richter werden durchaus nicht geneigt sein, auf die Aussage einer einzelnen Arbeiterin oder eines Dienstmädchens hin eine Verurteilung des Arbeitgebers einzutreten zu lassen. Uebrigens haben wir, um diese Gefahr noch Möglichkeit zu beseitigen, unsern Antrag gestellt, der beabsichtigt, die Verjährungsfrist für derartige Delikte auf ein Jahr herabzusetzen. Gewiß ist das ein gesetzgeberisches Novum (etwas Neues), aber kein schädliches. Man löste einfach einmal dazu kommen, bei der Verjährungsfrist die Natur und Art des Delikts zu berücksichtigen. Wird die Verjährungsfrist bewilligt, dann ist nach Ablauf eines Jahres jeder gegen Demunziationen geschützt. — Man hat von kleinen harmlosen Fällen gesprochen, die zur Verurteilung gebracht werden können. Ich bin allerdings der Ansicht, daß es sich um harmlose Fälle hier nicht einmal handeln könnte. Es ist eine Ehrenpflicht des Arbeitgebers, sich derartiger Angriffe gegen von ihm abhängige Personen zu enthalten. Was zwischen Personen, die einen freien Willen haben, unter Umständen als harmloser Scherz angesehen werden kann, ist, wenn es ein Herr seinem Untergebenen gegenüber ausübt, eine schwere Verhöhnung.

Weiter muß ich mich gegen die Befugnis des Paragraphen wenden, die Strafverfolgung überhaupt vom Antrag abhängig zu machen. Hier, wo es sich um so hohen Range um öffentliche Interessen handelt, ist das Antragserfordernis eine besonders unglückliche Idee. Der Reichsgerichtspräsident bezieht sich von den gesetzlichen Folgen einer Handlungswiese durch Aussagen an den Verletzten frei zu machen, der sich in den meisten Fällen sagt: „ich kam's ja bezahlen“, wird so die Stellung des Antrags gegen sich stets verhindern können. Dies sind die Ausführungen eines Staatsanwalts. Derselbe weiß freier darauf hin, daß die Thätigkeit der Exekutivbeamten durch das Antragserfordernis wesentlich beeinträchtigt wird. Die Strafverfolgung würde auch da, wo es sich um Verbrechen, schwere Verleumdung und andre Vergehen gegen die Sittlichkeit handelt, ganz erheblich gelähmt werden. Natürlich wird auch die Gefahr der Erpressung erheblich erhöht, wenn die Strafverfolgung vom Antrag abhängig ist. Wenn selbst die Staatsanwaltschaft, obwohl sie von dem Vergehen weiß, nicht vorgehen kann, so lange nicht der Antrag des Verletzten vorliegt, kann dieser mit dem Uebelthäter spielen wie die Mause mit der Waise. Für uns ist bei dem ganzen Gesetz die Hauptsache: Wir sehen in Handlungen, die von Arbeitgebern in dieser Richtung begangen werden, einen empfindenden Eingriff in die persönliche Freiheit. Reichsgerichtspräsident Stenglein hat sich gegen diesen Paragraphen gewandt und ausgesprochen, die Zeit der weichen Schwere ist vorüber; in neuerer Zeit, wo auch die Arbeiterinnen an den socialdemokratischen Organisationen teilnehmen, fehlt es ihnen nicht an der Selbstständigkeit, die sie befähigt, Wählerinnen ihrer Tugend zu sein. Das ist ein sehr starker Scheingrund. Eine weiche Schwere besteht in der That, und wenn sich auch die Organisationen der Arbeiterinnen bemühen, auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, so werden sie doch fortwährend dadurch gelähmt, daß heute derartige Strafgesetze fehlen. Auch ist das Verhältnismäßigrecht der Frauen in einzelnen Bundesstaaten zu beschränkt. Wir beschließen diesen Paragraphen, weil wir meinen, daß er im Interesse der Allgemeinheit die weiche Schwere beseitigt. Wir bitten Sie, diesen Paragraphen mit unsern Anträgen anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding:

Die vorliegenden Anträge zeigen die großen Schwächen, die den Kommissionsentwürfen anhaften. Bedenke sollen zulässig sein. Lohnverhinderungen nicht. Herr Abg. Heine hat auch die Gefahr, daß der Paragraph zu Erpressungen demütigt werden könnte, nicht völlig gelassen. (Der Reichsgerichtspräsident tritt den Saal.) Für die Regierung sind alle Fassungen dieses Paragraphen unannehmbar. Der Zweck der hier verfolgt werden soll, kann nicht erreicht werden. Solche Bestimmungen können nicht durchgeführt werden und schädigen so die Autorität der Gerichte. Bei weiblichen Naturen, die moralisch nicht gefestigt sind, gewinnen Neid, Hohn und Nachsicht leicht die Oberhand. Gefährdet das in einem Fabrikbetriebe, wo die einen andre für begünstigt halten, so hat das sehr schlimme Folgen. Das trägt dann weniger zur Verfestigung als zur Entfittung bei. Der § 182a steht ja in enger Beziehung mit dem § 182, der die Erhöhung der Schutzgrenze bis zum 18. Jahre hinaufgerückt hat. Für die Regierung aber ist der eine so unannehmbar wie der andre. Ich bin beauftragt, diese Erklärung namens der verbündeten Regierungen ausdrücklich abzugeben. Ich appelliere also an die politische Einsicht der Befürworter dieser beiden Bestimmungen, ob Sie nicht lieber das nehmen wollen, worin die Regierung mit der Reichstagsmehrheit übereinstimmt oder alles gefahndet wollen. Ich kann nur sagen, bleiben die §§ 182 und 182a bestehen, so ist keine Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit irgend etwas zu Stande kommt. Ich sage das trotz der Erklärung des ersten Redners, an den Beschäftigten der Kommission festhalten zu wollen, wenn auch die ganze Vorlage daran scheitern sollte. Die Regierung ist deshalb natürlich nicht weniger als die Parteien des Hauses bemüht, die Sittlichkeit im Falle zu heben. Sie hält eben nur die hier vorgeschlagenen Mittel für unannehmbar. Ich bestreite, daß in dem Verhältnisse des Arbeitgebers zur Arbeiterin ein solches Abhängigkeitsverhältnis besteht, das sie Angriffen auf ihre Ehre leichter ausgelegt macht. Ich schäme dabei die Ehre des Arbeitgebers und der Arbeiterin gleich hoch. Ich halte aber den hier gemachten Vorschlag auch für unpolitisch und bitte Sie deshalb um Ablehnung des § 182a.

Abg. Roeren (Str.):

Nach der bestimmten Erklärung ist es, ja eigentlich zwecklos, noch weiter zu debattieren. Ich will aber auch darauf aufmerksam machen, daß der § 182a ein civilrechtliches Analogon im § 825 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat. Die Haltung der Regierung in der ganzen Frage ist bedauerlich. Ein energisches Vorgehen gegen die Unbilligkeit ist bei der Regierung nur da zu bemerken gewesen, wo es sich um Abgewandlung bestehender Vorschriften oder die Bekämpfung von Verhöhnungen handelte. Im Lande wird man das nicht verstehen, es wird zu einer Verwirrung der Sittlichkeitsbegriffe führen. Der Thatbestand des § 182a ist doch ein ganz gemeines Verbrechen, und ein solches soll nicht besonders scharf geahndet werden. Es kann doch auch nicht bestritten werden, daß solche Fälle vorkommen, ja sogar zahlreich vorkommen. Ich meine, hier ist eine Lücke im Gesetz, die ausgefüllt werden muß. Jetzt können die Fälle selten nur zur öffentlichen Kenntnis kommen. Sie kommen sicher häufiger vor als Hochverrat und andre mit schwerer Strafe bedrohte Dinge. Der Beleidigungsparagraph reicht nicht aus. Er kann nur angewendet werden, so lange es sich um unbillige Zumutungen handelt. Sobald es aber dem Privatmann gelungen ist, den Widerstand zu brechen und die unbillige Handlung zu vollenden, kann eine Verurteilung nach dem Grundgesetz volent non sit in jura dem Willenden geschieht kein Nachschuß nicht erfolgen. Daß der § 182a Demunziationen zur Folge haben kann, ist noch kein Grund für seine Ablehnung. Der Majestätsbeleidigungs-Paragraph giebt auch zu Demunziationen Anlaß, trotzdem wäre es thöricht, ihn deshalb aufzuheben. Es ist gesagt worden, daß § 182a bedeuende ein Mißtrauen gegen unsre Arbeitgeber. Dasselbe könnte genau so gut von der ganzen Gewerbe-Ordnung gesagt werden. Ich bitte Sie, trotz der Erklärung des Staatssekretärs dem § 182a zuzustimmen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Nieberding

bestreitet, daß der § 825 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Analogon zu dem § 182a bilde. Der Vordrucker habe keinen Grund, die Regierung wegen ihrer ablehnenden Haltung zu tadeln, denn sie habe ja gerade sich die Aufgabe des Centrums im großen und ganzen zu eigen gemacht. Natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze, die die Regierung von Anfang an festgelegt habe und die sie nicht zu überschreiten gewillt sei.

Abg. Dr. Esche (wiltl.):

bedauert die ablehnende Haltung der Regierung in diesen Fragen. (Die einzelnen Ausführungen des Redners bleiben aber auf der Tribüne unverstanden.)

Abg. Stöcker (wiltl.):

Die Fälle, um die es sich hier handelt, bilden einen Sumpf, aus dem die Prostitution gespeist wird. Dieser Sumpf muß ausgehoben werden, und daher werden wir für die vorgeschlagenen Paragraphen stimmen. Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Heine zu, daß auch die socialen Verhältnisse, die Lohnverhältnisse hier ein wenig mitwirken, die Hauptursache trägt aber die gemeine Verführung. Diese Verführung ist eine besonders stark fliehende und giftige Quelle der Prostitution. Wir ist ein Fall bekannt, in dem ein Hausherr sechs Dienstmädchen hintereinander verführte. Der Herr Staatssekretär hat einen solchen Menschen selbst einen Schurken genannt, ich sage, dieser Mensch ist in der That ein cholerischer Schurke und steht viel tiefer, als ein Spinnhube, der in der Not zu fremdem Geld greift. Daß ein solcher Schurke nicht gefänglich bestraft werden soll, ist unbegreiflich. (Sehr richtig!) Diese Möglichkeit der Bestrafung ist ein Stück durchaus notwendiger Arbeiterinnensicherung. Das Verhältnis des Arbeitgebers zur Arbeiterin, das des Hausherrn zum Dienstmädchen ist ein autoritatives und ein Verhältnismäßig und es ist heutzutage nichts wichtiger, als daß die im Schwimmen begriffene Autorität und Gewalt wieder hergestellt werde. Hier ist der geeignete Moment dazu. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Wenn dem Herrn Staatssekretär die vorliegende Fassung, an der in der Kommission praktische Juristen mitgearbeitet haben, nicht genügt, so möge er die Güte haben, selbst eine andere Fassung vorzuschlagen, jedenfalls muß diese Lücke im Strafgesetzbuch ausgefüllt werden. Der Herr Staatssekretär behauptet, daß die Vorlage erlässlich die Unruhm beschimpfen solle. Sie beschimpft aber nur das Lohndürm und die gemeine Anekdote. Solch ein Hausherr ist aber schlimmer wie ein Louis oder ein gemeiner Kuppler, der verdient Zuchthaus. Wir haben den Paragraphen aber schon so gestaltet, daß uns ein Mißtrauen der Regierung ganz unmöglich seien. Ich schließe mit dem Bedauern, daß die Regierung auf ihrem Widerstand verharret. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stöckmann (l.):

Im Interesse des endlichen Zustandekommens des Gesetzes dürfte es sich empfehlen, die Diskussion nunmehr wesentlich abzulängen. Ich will daher nur kurz erklären, daß ein Teil meiner politischen Freunde die Bedenken gegen diesen Paragraphen für so geringfügig hält, daß er unter allen Umständen dagegen stimmen würde. Ein anderer Teil meiner Freunde stellt mir mit diesem Paragraphen durchaus sympathisch gegenüber, nach der bestimmten Erklärung der Regierung aber, daß das Gesetz mit diesem Paragraphen unannehmbar sein würde, werden auch wir gegen diesen Paragraphen stimmen, da uns an dem Zustandekommen des Gesetzes außerordentlich viel liegt. (Bravo! bei den Konservativen.)

Abg. Veibel (Soc.):

Der Herr Vordrucker hätte ja im Interesse der Abklärung der Diskussion aufs Wort verzichten können. (Sehr richtig! links.) Da er es nicht gethan hat, werde auch ich noch einige Worte zu diesem Gegenstande sagen, wenn auch die Erörterung nach der Erklärung der Regierung so gut wie gegenstandslos geworden ist. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß bereits der § 182 seitens der Regierung das Wort unannehmbar gefallen ist. Ich habe seitens meiner Parteigenossen zu erklären, daß gerade der in Frage stehende Paragraph für uns der wichtigste im ganzen Gesetz ist. Der Herr Staatssekretär hat die Fassung des Paragraphen bemängelt, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist. Ich habe aber aus seinen Worten den Eindruck gewonnen, daß wie immer der Paragraph abgelehnt sein mag, er für die Regierung unannehmbar ist. (Sehr richtig! links.) Die Regierung fürchtet nicht, daß es sich um zu wenig Vergehen handelt, sondern um zu viel. (Sehr richtig! links.) Das ist das Entscheidende. Es ist von vielen Seiten hervorgehoben, daß hier eine Lücke besteht, die ausgefüllt werden muß. Einen besonders peinlichen Eindruck wird es in deutschen Arbeiterkreisen ohne Unterschied der Partei machen, daß der Herr Staatssekretär erklärte, zwischen Arbeitgeberin und Arbeiterin kein heiliges Verhältnis besteht, die Arbeiterin sei nicht rechtslos, sie habe nicht die Pflicht, sich den Gelüsten des Arbeitgebers zu fügen. Das ist theoretisch richtig und thatsächlich ganz falsch, ebenso falsch, als wenn gesagt wird, der Arbeiter überhaupt sei frei. Dies ist die alte mancherlei Auflassung, die durch unsre sociale Gesetzgebung seit 2 Jahrzehnten überwunden ist. Diese erkenne an, daß ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter besteht, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter gegenüber gewisse Pflichten zu übernehmen hat. So ist es auch hier dem gesellschaftlichen Verhältnis. Uebrigens ist die Arbeiterin noch viel weniger frei als der Arbeiter. Dieser kann häufig die Arbeit und den Wohnort verlassen, während der Arbeiter in Landenden von Fästen das nicht möglich ist, am allerwenigsten, wenn sie verheiratet ist. Dem muß der Arbeitgeber entsprechende Rechnung tragen. Ich habe vor einem Jahr von einem Herrn aus der Magdeburger Gegend, der mit den Verhältnissen auf

den großen Mittergütern vertritt, einen Brief bekommen, in dem sehr interessante Mitteilungen enthalten sind. Er erzählt, daß es dort als selbstverständlich gilt, daß die Arbeiterin sich den Gefühlen der Vorgesetzten, auch der Inspektoren, fügen muß. Man nimmt die Arbeiterin vom Felde und schickt sie auf den Boden, wo sie allein mit dem Beamten in Verbindung kommt. Fügt sie sich nicht, so wird sie auf das Feld zurückgeschickt und demüthigt, daß sie schließlich sich doch fügt. Wenn sie in einem solchen Fall ihre Arbeit aufgibt, kann sie sicher darauf rechnen, in der ganzen Gegend auf keinem Gute mehr Arbeit zu bekommen. (Nachen rechts.) Ich mache Sie weiter auf einen andern Fall aufmerksam, der vor einem Jahre die breite Öffentlichkeit beschäftigt hat. Ein 72-jähriger Mittergüterbesitzer in Schleien wurde von einer schweren Krankheit befallen und gab dem Arzt auf seine Frage zu, daß er mit vielen seinen Mädchen Umgang gehabt habe; das Böse sei, daß der Inspektor den ganzen Hof verwüstet habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt uns eine Petition vor, die behauptet, daß nach einer Statistik von 5183 Prostituirten 1718, also circa 33 Proz., vorher von ihren Arbeitgebern verführt worden waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob diese Statistik auf Wahrheit beruht, weiß ich nicht. Unzweifelhaft ist es aber, daß die Prostituirten sich meist aus vorher Verführten rekrutieren. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Fällen aufzählen, die darin gipfeln, daß entweder Arbeitgeber oder Aufseher in den Fabriken die Arbeiterinnen gezwungen haben, ihnen zu Willen zu sein, ohne daß es möglich war, gerichtlich gegen sie vorzugehen, weil die Mädchen selber nicht den Antrag stellen aus Furcht vor Existenzlosigkeit. In andern Fällen, wo die Gewerkschaften die Mädchen zur Stellung des Antrags bewegen, genügt es, daß ein feiner gekleideter Herr kurz vor Weihnachten, angeblich im Auftrag der Polizei, die Mädchen bat, den Antrag zurückzunehmen; sie würde ihren Arbeitgebern dadurch eine große Weihnachtsfreude machen. In den meisten Fällen haben sich die Mädchen leider beschwigen lassen. Uebrigens möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Fassung des Paragraphen in der Kommission bereits außerordentlich abgeschwächt ist. Wir haben die Maximalstrafe von fünf Jahren auf ein Jahr ermäßigt, „mildernde Umstände“ sind aufgenommen worden und schließlich ist das Vergehen zu einem Antragvergehen gemacht worden, das heißt also, wenn nicht innerhalb drei Monaten ein Straf Antrag erfolgt, ist die Strafverfolgung überhaupt unmöglich. Unter diesen Umständen kann ich es noch viel weniger verstehen, wie die Regierung sich auch jetzt noch gegen den Paragraphen erklären kann. Grade der wichtigste Fall, wenn nämlich das Mädchen schwanger geworden ist, dies aber nicht sofortig merkt, wird durch diese letzte Bestimmung drohfrei gemacht. Denn wenn das Mädchen sich über ihren Zustand erst nach drei Monaten klar wird, ist keine Strafverfolgung des Verführers mehr möglich. — Was nun die Demunzationswut anlangt, die befürchtet wird, so haben wir bisher viel mehr darüber zu sagen gehabt, daß die Mädchen sich davon haben abhalten lassen, Straf Antrag zu stellen. Auch ist es eine unbefriedigbare Thatsache, daß unsere Richter im allgemeinen nicht geneigt sind, Sittlichkeitsvergehen besonders hoch zu bestrafen. (Schri richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag des Herrn v. Stamm ist ja auch daraus hervorgegangen, daß bei Sittlichkeitsvergehen gegen Kinder, die auch heute schon bestraft werden können, auf das Höchstmaß von zehn Jahren Juchthaus bisher noch nie erkannt worden ist; im Gegentheil wurden fast immer mildernde Umstände zugestanden und auf Gefängnis erkannt. Außerdem wird die Verurteilung doch nicht so lux geführt, daß die Verurteilung eintritt, wenn nicht wirklich etwas vorliegt. Und wenn nun wirklich in der Hauptverhandlung eine falsche Demunzation festgestellt wird, dann geht das Mädchen nicht strafflos aus, sondern wird im Gegentheil mit Bleid sehr schwer bestraft. Die natürliche Stellung des Arbeitgebers ist so einflußreich, daß er schon deshalb vor dem Mädchen bevorzugt dasteht und sicher nur auf eine Strafe zu rechnen braucht, wenn die Mithigkeit der Demunzation nachgewiesen wird. Aus der Befürchtung vor Demunzationen heraus kann man es nicht ablehnen, ein notwendiges Gesetz zu machen. Wir bitten Sie also, diesen Paragraphen mit Ausnahme des letzten Absatzes anzunehmen und ebenso die von uns gestellten Anträge.

**Abg. Dr. von Lebrchow**

erklärt namens eines Teils seiner politischen Freunde, gegen den Kommissionsantrag und seine Amendements stimmen zu wollen, da sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährden wollten.

Ein **Schlussantrag** wird hierauf angenommen. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird § 182a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 184 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu ein tausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer: 1. unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen herstellt, verkauft, verteilt, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder auslegt oder sonst verbreitet, sie zum Zweck der Verbreitung herstellt oder zu demselben Zweck vorrätig hält, ankündigt oder anpreist; 2. unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen einer Person unter 18 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet; 3. Gegenstände, die zu unzüchtigen Gebrauchs bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist; 4. öffentliche Aufzettelungen erläßt, welche dazu bestimmt sind, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen. — Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

In der Regierungsvorlage heißt es bei Punkt 2 statt „einer Person unter 18 Jahren“: „einer Person unter 16 Jahren“.

**Die Abg. Bock (fr. Sp.)**

und Genossen beantragen, den § 184 in der Fassung der Regierungsvorlage unter Streichung der Worte in Punkt 1. „vorrätig hält“ anzunehmen.

**Auf Antrag des**

**Abg. Hören (C.)**

wird über die einzelnen Ziffern des § 184 getrennt diskutiert.

**Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.)**

begründet den Antrag Bock-Coburg und bittet, die Worte „vorrätig hält“, weil überflüssig, zu streichen.

**Geh.-Rat Tischendorf**

bittet den Antrag Bock abzulehnen. Feilhalten und vorrätig halten, sei nicht dasselbe. Zum Feilhalten gehöre, daß die Ware dem Publikum auch wirklich angeboten werde. Das sei beim bloßen Vorrätighalten nicht nötig. Aber schon das Vorrätighalten solle getroffen werden.

**Abg. Hören (C.)**

stimmt dem Regierungsvertreter zu und erucht um Ablehnung des Antrags Bock. Den Unterschied zwischen Feilhalten und Vorrätig halten habe der Regierungsvertreter richtig dargelegt. Wegen die unzüchtigen Bilder könne die Polizei nicht früh genug einschreiten. (Redner legt eine Kollektion unzüchtiger Bilder zur Ansicht aus.)

**Abg. Dr. Höffel (Sp.)**

bittet um Annahme des Kommissionsantrags ad 1, die dem ehelichen und redlichen Buchhandel in keiner Weise schaden werde.

**Abg. Heine (C.):**

Wenn wir unsere Zustimmung geben zu dem Kommissionsantrag, so geben wir damit nicht unser Einverständnis mit der mißbräuchlichen Anwendung kund, die wir jetzt schon in Bezug auf sogenannte unzüchtige Litteratur erleben. Früher wurde nur als unzüchtig angesehen, was auf geschlechtliche Erregung abzielte. Seit einigen Jahren hat das Reichsgericht entschieden, daß nur ein oder der andre in seinem Sittlichkeitsgefühl verletzt zu sein braucht, um eine Schrift oder ein Kunstwerk als unzüchtig erscheinen zu lassen. Dadurch sind wir allmählich so

weit gekommen, daß ganz ernsthafte literarische Arbeiten unter die Unzüchlichkeit-Paragraphen fallen. Vorläufig schämt sich die Polizei noch, Goethe und Shakespeare und alles Große in der Litteratur auf Unzüchlichkeit zu unterziehen. Aber nach der famosen Reichsgerichts-Entscheidung konnten sehr gut Stellen aus Goethe und Shakespeare als unzüchtig erklärt werden. Mit dieser mißbräuchlichen Anwendung des Wortes „unzüchtig“ haben wir nichts gemein. Es wird bei einer Revision des Strafgesetzbuchs nötig sein, diesen Begriff präziser zu umschreiben. Gegen den Absatz 1 des § 184 wollen wir aber nicht stimmen, weil dieser das schon bestehende Uebel nicht vergrößert.

**Die Diskussion über Ziffer 1 wird geschlossen.**

Zu Ziffer 2 beantragen die Abg. Bock-Coburg und Genossen (fr. Sp.) die Zahl 18 wie in der Regierungsvorlage durch 16 zu ersetzen.

**Abg. Dr. Müller (Meinigen, fr. Sp.)**

begründet den Antrag. Der Buchhändler kann nicht immer den Käufer fragen, ob er schon 18 Jahre alt sei oder nicht. Es giebt doch königliche Lieutenants, die noch nicht 18 Jahre seien. Würde ein Händler einen jungen Lieutenant nach seinem Alter fragen, der Offizier würde sich beleidigt fühlen und ein Duell wird die Folge sein. (Große Heiterkeit.)

**Staatssekretär Niederding:**

Die Regierung legt entscheidenden Wert auf die Wiederherstellung der 16 Jahre. Es handelt sich hier nicht um den gewerblichen Handel, sondern um private Ueberlassung. Die Hinanführung der Grenze entspreche auch nicht dem praktischen Bedürfnisse.

**Abg. Hören (C.):**

Die Jugend muß geschützt werden. Die Altersgrenze darf nicht so leicht genommen werden. In Frankreich besteht Schutz bis zum 21. Jahre, die mit 17 und 18 Jahren Selbständigen sind Ausnahmen. Die Mehrzahl sind Gymnasialisten, Schüler anderer Anstalten oder Lehrlinge. Ich lege hier unzählige Bilder, die in den Händen von 15- bis 17-jährigen Gymnasialisten gefunden worden sind, auf den Tisch des Hauses nieder, und um sollen Sie entscheiden, ob Leuten in diesem Alter solche Dinge straflos gegeben werden sollen oder nicht. (Eine große Menge von Abgeordneten stürzen nach dem Tisch des Hauses, um die Bilder zu besichtigen.)

Nachdem Staatssekretär Niederding noch einmal für Beibehaltung der Grenze von 16 Jahren eingetreten ist, wird die Diskussion über Ziffer 2 geschlossen.

**Die Ziffern 3 und 4 werden nicht diskutiert.**

Unter Ablehnung der beiden Anträge Bock-Coburg wird der ganze § 184 in der Kommissionsfassung angenommen. Hierauf verläßt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch 1 Uhr; außerdem steht die Interpellation Czarlinski wegen des Dolmetscher-Paragraphen auf der Tagesordnung. Schluss 5/4 Uhr.

**Kommunales.**

**Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, 8. Februar, stehen u. a. folgende Punkte:** Wahl je eines Mitgliedes in die Bau-Deputation, in die Grundeigentums-Deputation und in die Verkehrs-Deputation, je zwei Mitglieder in die Deputation zur Verwaltung der Vor-, Garten- und Bonanlagen und in die Schul-Deputation. — Vorlagen betreffend die Erkenntnisse des Bezirksauswahls und des Oberverwaltungsgerichts in der Klage des Magistrats wider das Polizeipräsidium wegen verweigertem Erlaubnis zum Bau eines Eingangsportals zum Friedhof der Märzgefallenen — den Anstanz von Spree- und Stroßenfläche längs des linksseitigen Ufers des Spreekanalals zwischen Selenien- und Schloßbrücke befristet Erneuerung der dortselbst vorhandenen Mauerwerk sowie den Erwerb eines Geländestreifens von dem Vorgarten vor dem Gebäude der königlichen Kommandantur zur Stroßenverbreiterung — die Weiterverpachtung des Schlosses Güttersloh an die Landes-Versicherungsanstalt Berlin. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Anstalt auf dem Schlaßhofe und die Beilegung beschlagener Schlachtvieh und Teile derselben. — Das Projekt für die Verlängerung des Fußsteiges am Bahnhofs-Fußstraße bis zum Süufer und die Zahlung von Vergütungen an Beamte der städtischen Charitafälle für die von denselben in den Monaten Juli/Oktober v. J. außerhalb der Dienststunden geleisteten Monatsabschlussarbeiten. — Berichterstatter über die Vorlagen betreffend den Umbau der Schritterbarade auf dem Güte Buch. — Die architektonische Ausführung der Spreckbrücke im Zuge der Straße Siegmundshof. — Die Ableitung der Abwässer des Wasserwerks am Tegeler See und der Kanalisationswässer der Gemeinde in die Spree. — Vorlagen betreffend die Bewilligung eines Beitrages zu den Kosten der im April er. stattfindenden Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschul-Lehrerinnen. Am 5/2 Uhr findet eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung statt befristet Auswahl des ersten stellvertretenden Mitgliedes des Bezirksauswahls.

**Lokales.**

**Die Flottenvorlage**

sieht heute Abend in 19 Volks-Versammlungen auf der Tagesordnung. Im Ineranteil finden die Leser die Lokale Berlins und der Vororte verzeichnet, in welchen diese Versammlungen abgehalten werden. Der Wasser Militarismus hat die im bürgerlichen Dumfheits schwebenden Parteien samt und sonders wie ein Fieber befallen; und weil die Sozialdemokratie auch der neuesten Krankheit des Jigakurses gegenüber ruhig Blut bewahrt, sind ihr die am vom Lammel ergriffenen Kreise mit zuweilen recht geschmacklosen Verdächtigungen und Herausforderungen entgegengetreten. Wenn beachtenswerte auswärtige Blätter recht unterrichtet sind, so wollen die Flottenfrecunde den heutigen Abend als die angeblich heiß ersehnte Gelegenheit zu einer Aussprache mit der Sozialdemokratie nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Das kann uns natürlich nur freuen, wie es uns immer willkommen ist, wenn unsere Gegner sich im offenen Gedankenaustausch mit uns messen. So werden denn die heutigen Versammlungen für die Parteigenossen ein Anlaß sein, so zahlreich und pünktlich wie nur möglich der Parteilichkeit zu genügen. Wir appellieren nochmals an die Parteigenossen und Genossen, die Bedeutung der heutigen Versammlungen durch zahlreichen Besuch zu würdigen.

**Achtung, 6. Wahlkreis.** Am Freitag, den 9. Februar, abends 8/2 Uhr, findet im Zwirnmüller Gesellschaftshaus, Zwirnmüllerstraße Nr. 42, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Stadtverordneten-Erwahl in 35. Kommunal-Wahlbezirk. Referent: Reichstags-Abgeordneter E. Wurm. Die Parteigenossen und Wähler des 35. Wahlbezirks werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. — Am Sonntag, den 11. Februar, findet für diesen Bezirk eine Flugblatt-Verteilung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich bei Berggänger, Zwirnmüllerstraße, und Ramlow, Schönhauser Allee, zahlreich einzufinden. Das Wahlkomitee.

**Von den Mängeln der Berliner Gemeindefchulen** ist zu keiner Zeit so viel geredet worden, wie seit den letzten Jahren. Immer weitere Kreise der Bevölkerung — auch solche, die für ihre Kinder nicht auf die Gemeindefchule angewiesen sind und sie auch nicht in Anspruch nehmen — beteiligen sich an der Erörterung dieses

Themas, und wenn auch nicht alle, die in die Klage über das Berliner Schulleben mit einstimmen, von dem gleichen Ernst und der gleichen Verantwortlichkeit erfüllt sind, so legen sie dabei doch alle — wenigstens äußerlich alle — den gleichen Eifer an den Tag.

Woher kommt diese allseitige Zunahme der Reizung, an dem Zustand unseres Gemeindefchullebens Kritik zu üben? Sind die Mängel in neuerer Zeit schlimmer geworden?

Stadtschulrat Vertram pflegt, wenn man ihm seine Gemeindefschulen tabelt, zu antworten: sie sind heute besser als früher. Da ist er noch — in gewissem Sinne — im Recht. Sieht man ab von der Verschärfung einzelner Vorschriften besondrer Art, z. B. von der neuerlichen Vermehrung der Rietschulen und der steigenden Klassen, so muß man ihm in der That zugestehen, daß in den letzten 10 Jahren doch manches anders geworden ist. Es ist wahr, die Berliner Gemeindefschulen sind heute besser als vor 10 und vor 20 Jahren, aber sagen wir lieber: sie sind weniger schlecht; denn schlecht sind sie ja leider auch heute noch.

Wenn aber thatsächlich Anfänge zur Besserung vorhanden sind, warum wollen denn die Klagen über das Schulleben so gar nicht verstummen? Warum werden sie im Gegentheil immer lauter und allgemeiner? Sind die Berliner heute vielleicht anspruchsvoller als früher? Sind sie begehrlicher geworden?

Ein Blick „Begehrlichkeit“ ist allerdings mit im Spiele. Die Bevölkerungskreise, die für die Gemeindefchule fast allein in Betracht kommen und für die fast allein die Gemeindefchule in Betracht kommt, d. h. die Arbeiter, die kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden und die Luterbeamten, stellen heute wirklich höhere Ansprüche an die Schule als früher. Am lebhaftesten äußert sich diese „Begehrlichkeit“ bei der Arbeiterbevölkerung. Sie hat ihren Klagen seit langem am lauteften Ausdruck gegeben. Ihr in erster Linie ist es auch zu danken, daß die Erkenntnis der Unzulänglichkeit unserer Gemeindefschulen sich in immer weiteren Kreisen der unmittelbaren Bevölkerung Berlins Bahn gebrochen hat und die Unzufriedenheit mit dem Berliner Gemeindefchulleben immer allgemeiner geworden ist. „Begehrlichkeit“ treibt eben an.

Die sozialdemokratische Berliner Arbeitererschaft hat zugleich ihre Wünsche und Forderungen durch ihre Vertreter vor die Stadtverordneten-Versammlung gebracht. Sie hat dadurch auch die bürgerlichen Kreise gezwungen, sich wieder mehr als bisher um das Gemeindefchulleben zu kümmern. Dabei sind die anfänglichen Versuche, die Gemeindefchulverwaltung gegen die sozialdemokratischen Angriffe zu verteidigen, seltener und seltener geworden. Die Zeiten, wo der Liberalismus die Volksschulen der Reichshauptstadt gar als musterhaft hinstellte und damit Glauben fand, sind jetzt glücklich vorbei. Heute tragen bei den Streitigkeiten nur noch wenige, das Berliner Volksschulleben direkt zu loben; heute kann man selbst einer tabelnden Kritik, wie sie früher nur ganz vereinzelt laut wurde, schon häufiger im Lager des Freisinnigen begegnen.

Aber auch greifbare Erfolge sind bereits erreicht worden. Der Freisinn hat sich dazu bequemen müssen, der sozialdemokratischen „Begehrlichkeit“ einige Zugeständnisse zu machen. Neue Anfänge zur Besserung, die in neuerer Zeit im Berliner Gemeindefchulleben unverkennbar hervortreten, sind auf das Konto der sozialdemokratischen Berliner Arbeitererschaft zu setzen. Sie sind dem entschiedenen Anstreben unserer Genossen im Roten Hause zu danken.

Es ist nötig, wieder einmal auf diese Thatsachen hinzuweisen, da sie manchen Leuten immer noch nicht bekannt zu sein scheinen. Auch der national-soziale Kandidat der „Mietpartei“ in Moabit, der den Wählern seines Bezirkes verspricht, für die Volksschule eintreten zu wollen, scheint von all den Kämpfen, die unsere Genossen im Roten Hause um das Volksschulleben geführt haben, nichts zu wissen. Er erzählt seinen Zuhörern von den Mängeln der Berliner Gemeindefchule in einem Tone, als sei er der erste Mensch, der darüber spricht, und fügt dann hinzu, es müsse „mal“ in der Stadtverordneten-Versammlung darauf hingewiesen und die Beseitigung dieser Mängel gefordert werden. Na gewiß, erst muß dieser eine National-Soziale in die Stadtverordneten-Versammlung hinein, sonst wird's nicht anders mit der Berliner Gemeindefchule, sonst erfährt überhaupt kein Mensch, wie es um unser Gemeindefchulleben steht. Der Herr hat freilich mancherlei Nonkuranten. Heutzutage erklärt ja selbst der waschlappigste „Freisinnige“, daß er „mal“ in der Stadtverordneten-Versammlung auf das Berliner Schulleben hinweisen werde, falls man die Güte haben wolle, ihn hineinzuwählen. Die Agitation der Berliner Sozialdemokraten hat es ja dahin gebracht, daß sich heute wenigstens in der 3. Abteilung kein Stadtverordneter-Kandidat mehr um diese Frage herumdrücken kann.

Am Ende hat aber die unmittelbare Bevölkerung Berlins recht daran gethan, daß sie in Sachen der Volksschule ihre Forderung nicht auf eine so späte Hilfe gestellt hat, daß sie nicht erst gewartet hat, bis der Berliner Kommunalfreisinn sein Herz für die Volksschule erndert oder bis die National-Sozialen auf der Bildfläche erscheinen.

**Das Bauprogramm und der Vorentwurf zum Neubau einer dritten Zirkonanstalt der Stadt Berlin auf einem Terrain des Güte Buch ist vorerst von dem dazu von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzten Ausschusse einstimmig genehmigt worden. Die Anstalt ist für 1600 Kranke berechnet und umfaßt im ganzen 42 Baukörper. Die Baukosten sind auf 10 249 000 M. berechnet. Bei der Beratung wurde von sozialdemokratischer Seite zur Sprache gebracht, daß für das dienstfreie Personal keine Gelegenheit vorhanden sei, gesellschaftlich zusammenzukommen und sich zu unterhalten, weshalb den Beamten, wie dies die Erfahrungen bei den andern Anstalten lehre, auch hier nicht weiter übrig bleiben werde, als in der Stadt Erholung und Zerstreuung zu suchen. Da es indessen dringend geboten sei, für die Erhaltung eines schlaghaften Personalstandes zu sorgen, so empfehle es sich, dem Magistrat zu ersuchen, für dasselbe besondere Erholungsräume, möglichst in einem eignen Gebäude, vorzusehen. Der Ausschuss wird bei der Versammlung beantragen, ein derartiges Ersuchen an den Magistrat zu richten.**

**Wie sehr der Kommunal-Liberalismus im Grunde eine Behandlung verdient, wie sie ihm in dem belamten Schreiben des Reichherren v. Ribbach zu teil geworden ist, zeigt von neuem das folgende Schreiben an die Kaiserin:**

Berlin, den 27. Januar 1900.

Allerdurchlauchtigste, Großmächtigste Kaiserin und Königin! Allergnädigste Kaiserin, Königin und Frau. Ich' und schmerzlich hat in jenseitiger Zeit das Schicksal Eure Majestät und das ganze kaiserliche Haus betroffen. Mit Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät nicht jedes deutsche Herz, und in dankbaren Gedanken, daß der Erlauchten Entschloßener mütterliche Sorge dereinst Eure kaiserliche und königliche Majestät mit den erhabenen Tugenden der Frau und der Herrscherin zu schmücken verbunden, bitten wir zugleich namens der Berliner Bürgererschaft Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät unser innigstes Beileid in Ehrerbietung anzusprechen zu dürfen. Möge der Segen, der von der hohen Verehrten auf Eure Majestät, und durch die heilsolle Verbindung des kaiserlichen Erbprinzen mit dem entschloßener Fürstin mit dem Hohenzollernhanse so glücklich auf ganz Deutschland angedragenen ist, möge der Himmel auf das, dieser Verbindung entsprossene reiche Familienglied, und möge Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät unwandelbares Gottvertrauen dem schwer getroffenen Herzen auch in den Tagen der Trauer Kraft und Trost gewähren! Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät treugehorfamste Der Magistrat, gez. Kirchner. Die Stadtverordneten, gez. Langenhans.

Dieser frömmelnd demütige Ton fordert geradezu zu Fußritten heraus und regt von neuem die Frage an, warum die gütige Mutter Natur den normaldemokratischen Philister keinen Hundeschwanz zum Bedeln geschenkt hat.

**Der Militärhof.** Zur Angelegenheit des Verkaufs des alten Garnison-Straßens zwischen Linien- und Madastraße wird der Hof, seitdem: Der Militärhof hat die Absicht, den alten Soldaten-Friedhof zu verkaufen, um mit dem daraus zu gewinnenden Mitteln die Kosten für den Umbau der Garnisonstraße in der neuen Friedrichstraße bestreiten zu können. Er fordert für den Quadratmeter jetzt 135 M., das macht bei der Fläche von 12 950 Quadratmeter 1 748 250 M. Im Vergleich zu dem früheren Angebot von 750 000 M. im Jahre 1891 ist also die Forderung um rund eine Million Mark erhöht. Der Magistrat hat jedoch den Verkauf abgemahnt.

**Das Warenhaus** bemächtigt sich eines Erwerbszweiges nach dem andern. Das hiesige Agrarblatt sagt: Die Ausdehnung des Warenhandelsbetriebs auf den Samenhandel erzeugt in gärtnerischen Kreisen arge Verstimmung. In Blumenhandlungen, Vogel-futter-, Aquarien- und ähnlichen Geschäften wurden bisher wie in den eigentlichen Gärtnereien und Samenhandlungen Samenpakete mit bunten Bildern zum Preise von 10 Pfennig verkauft. Ein Berliner Warenhaus bietet neuerdings 70 verschiedene Arten von Blumen- und Gemüsesamen zum Preise von 8 Pfennig für das Päckchen an. „Die Gartenwelt“ stellt deshalb das Cuedinburger Samenhaus, das dem Warenhause liefert, vor die Frage, ob es für Samenhandlungen oder für Warenhäuser liefern wolle.

Die Unvermeidlichkeit der Großproduktion wird von den rück-schrittlichsten Leuten allmählich zugegeben, vor der Unvermeidlichkeit der großen Warenpolize verziehen die mittelständischen Don Quixotes immer noch ihre Augen.

**Zwangs-Zunungs-Herrschaft.** Die hiesige Tischler-Zunung vollzog bekanntlich am 22. Januar die Wahl der 108 Vertreter zur Zunungs-Versammlung, welche künftig, gewissermaßen als Zunungs-parlament, in Verbindung mit dem Verbands des Schiffsbauers der neuen Zwangs-Zunung leisten soll, während die übrigen Mitglieder der Zunung (über 3 800) nichts zu sagen haben, dafür aber tüchtig zahlen müssen. Ob indes die am 22. Januar gewählten Vertreter sich ihres Amtes los freuen werden, steht noch sehr in Frage. Bei ihrer Wahl sind derartige Verhältnisse und Beeinflussungen von den Zwangs-Zunungsmitgliedern ins Werk gesetzt worden, daß zwei begründete Proteste gegen diese Wahl bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats eingegangen sind.

**Prügel.** Gestern soll nach hiesigen Mätlern wieder ein Duell und zwar auf Pistolen in der Nähe des königl. Jagdschlosses Sternflügel gefunden haben. Einer der Duellanten sei, so wird berichtet, ein Student der Medizin v. B. gewesen, der andre ein Kaufmann Max S. Der Zweikampf sei erst inspektiert worden, nachdem Herr v. B. im zweiten Gang einen Schuß durch die linke Ohr-muschel, beim dritten einen Schuß in die rechte Schulter erhalten habe. Die Bedingungen lauteten auf Fortsetzung des Zweikampfes bis zur Kampfunfähigkeit.

**Einen Steckbrief** gegen den Mittheiler Herbert Otto Karl Dietel hat der Staatsanwalt am hiesigen Landgericht I erlassen. Dietel ist Mißlingelager im Prozeß gegen den Grafen v. Glogowstein und soll von Glogowstein die Mittel erhalten haben, um nach dem „Süden“ zu verduften.

**Die amerikanische Sprachlehrerin** Marianne B., die sich am Sonntag früh nach der Rückkehr von einem Ball in ihrer Wohnung in der Hofmannstraße erschossen hat, ist im Kronenhaus am Arben infolge innerer Verblutung gestorben. Die 24jährige Dame soll infolge des Todes ihrer Eltern und des Verlustes ihres Vermögens in Höhe von 78 000 M. sich schon längere Zeit mit Selbstmordgedanken getragen haben.

**Der kürzlich aus Posen** angebrochene Eisenler Max Genside ist noch nicht ergriffen. Der Oberstaatsanwalt Wachter erschien vor einigen Tagen im Gefängnis Posen und hat eine strenge Untersuchung eingeleitet, weil nach Lage der Sache dem Genside Kleidung, Felle und Stride zugestekt worden sein müssen.

**Ueber die Sternbergische Angelegenheit** kommen bisweilen unzutreffende Nachrichten in die Oeffentlichkeit. Unzutreffend soll sein, daß Sternberg einen neuen Haftentlassungsantrag gestellt habe. Die drei Verteidiger hatten mit der kompetenten Stelle wohl eine Rücksprache, konnten aber nach dieser Unterredung ihrem Klienten wenig Hoffnung machen, daß er gegen Kautions auf freien Fuß gelassen werden würde.

**Erschossen** hat sich infolge zerrütteter Vermögensverhältnisse der 54 Jahre alte, aus Breslau gebürtige Kaufmann Adolf Meyer.

**An den Folgen ihrer Verletzungen** gestorben ist die 74 Jahre alte Witwe Oberdorf aus der Ewigsstraße, die sich vor acht Tagen in einem Anfälle ihres Nervenzusammenbruchs aus dem Fenster ihrer Wohnung auf den Hof hinabstürzte.

**Das Metropol-Theater** hat in diesem Monat eine Anzahl beachtenswerter Kräfte engagiert. Vor allem ist eine Dame zu nennen, die als Tänzerin und Sängerin gleich vortrefflich ist. Die Amerikanerin Miss Deja giebt sich schallhaft, ohne in die immer noch so sehr beliebte pitante Manierlichkeit zu verfallen und läßt daher eine merkwürdig künstlerische Freude an ihrem Auftreten zu. Im Programm zeichnen sich weiter aus die Pariser Nollschub-künstler Vicentina, die musikalischen Equilibristen Arbos und die Portorico-Akrobaten Allison. Die Vortragskunst wird ferner gepflegt von dem bekannten Vitzle Carlsen sowie von einer Pariserin, Mlle. Sible, die das immer noch nicht erledigte Negister ziemlich inhaltslos Coupletts bearbeitet. Die Anstaltungsposse „Die verkehrte Welt“ findet nach wie vor Beifall.

**Im großen Theater** der Krania findet heute der 11. Centenar-Vortrag statt und zwar wird Herr Professor Dr. Budde sprechen über „Die Aufbaumengen über Cistricar“.

**Aus den Nachbarorten.**

**Treptow-Baumschulweg.** Donnerstagsabend 8 1/2 Uhr findet die Versammlung des Vereins „Vorwärts“ im Lokal des Herrn Adernann statt. Genosse Dr. Wollheim spricht über die geschichtliche Entwicklung der Menschheit.

**Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung.** Der Antrag der Arbeitnehmer-Vertreter des Gewerbegerichts zu Schöneberg, die Entschädigung für Verbandsmitglieder von 3 resp. 4 auf 5 M. zu erhöhen, führte zu einer Debatte, die das sozialpolitische Verständnis der Mehrheit unserer Stadtverordneten recht grell beleuchtete. Die Petitions-Kommission, welche sich mit der Frage beschäftigte, hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Versammlung den Satz von 5 M. zu empfehlen. Genosse Obst als Referent betont die Berechtigung der Forderung und hat um Annahme des Antrags, da sich ja auch, im Gegensatz zu früher, der Stadtrat Heyl als Vorsitzender des Gerichts dafür erklärt hätte. Herr Heyl sagte, daß er nur des lieben Friedens willen das Bescheidene habe. Im Schluß des Magistrats seien Stimmen laut geworden, welche eine noch höhere Bezahlung für gerechtfertigt erachteten. Im übrigen könne man ja an der Stelle der Bezahlung durch vier Pfennig hier nur zwei Pfennig hinzuziehen, um so durch diese Verminderung an Kosten zu sparen. Brauereidirektor Hinte wies demgegenüber auf die große Sachlichkeit und das Fleißgefühl der Arbeitnehmer hin; er würde auch für eine höhere Summe stimmen. Rummel erhob sich ein Herr Rechnungsrath Schoppert und hielt eine Rede, in welcher er die Forderung als eine ungebührliche bezeichnete, die bei Erhöhung nur dazu ansetze, die Begehrenlichkeit zu steigern. Richtig ist dieser Herr nun schon vom Stadtrat Heyl eine Richtigstellung gefallen lassen, so erhielt er vom Stadtschreiber, der als Referent das Schlußwort hatte, eine derbe Zurückweisung. Unter großer Anwesenheit der Versammlung hielt Obst gewissen Ordnungsmännern einen Spiegel vor, worauf die Versammlung die Vorlage mit 18 gegen 12 Stimmen ablehnte. Hierauf stand die Neuverpflichtung der Anschlagflächen auf der Logeordnung.

Obst empfahl die Uebernahme des Anschlagwesens in eigener Regie. Es würde sich mit der Zeit ein ganz hübscher Nebenberuf ergeben, der der Allgemeinheit zu gute käme. Dieser Antrag animierte den Stadtschreiber Fröhlich zu der gestohlenen Forderung, die Gemeinde möge sämtliche Schöneberger Anstreicher in Regie nehmen, das würde sich besser lohnen. — Ein nächtliches Bild unserer sozialen Zustände für die Armen ergab ein Antrag des Magistrats, der den Ausbau der Baracke I zum Zweck der Unterbringung der Obdachlosen betraf. Der Vortrager wies auf den schlechten Zustand des Anstaltshauses hin, bezweifelte dessen Ver-wohnbarkeit und verlangte die Erbauung eines neuen Anstaltshauses und brachte eine Resolution ein, den Magistrat dringend zu ersuchen, den Bau eines Kranken-hauses baldigst in Angriff zu nehmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem nach Genosse Obst die Anschaffung einer Doerderschen Baracke zur Unterbringung Kranker verlangt hatte, wurde die Magistratsvorlage genehmigt. — Ein Seitenstück zu der Haltung der Stadtverwaltung den Armen gegenüber bildete die Bewilligung von 187,10 M. für den einzigen Millionenbauern entgangenen Baat-zins. Der frühere Gemeindevorstand glaubte ein Anrecht an den im Besitze mehrerer Schöneberger Bauern befindlichen Treppentwischen zu haben. Ein wegen des Besitzrechts geführter Rechtsstreit fiel zu Ungunsten der Gemeinde aus. Rummel beantragte diese reichen Herren die ihnen während dieser Zeit entgangenen Baat-zins. Der Magistrat schätzte den Betrag auf 178,10 M. ein. Inzwischen haben nun aber die Herren Millionenäre herausgefunden, daß sich die Pacht eigentlich um 70 M. höher stellt. Nachdem zwei der Beteiligten den Saal verlassen hatten, machte der Stadtschreiber die Mitteilung, daß, wenn die Herren den Mehrbetrag heute hier nicht zugestanden erhalten, sie morgen einen Prozeß anstrengen würden; was den Schuldigen veranlaßte, zu erklären, man möge es ruhig darauf ankommen lassen. Die Versammlung beschloß, um jene Herren nicht zu reizen, die beantragte Summe zu bewilligen, außerdem soll der Magistrat behufs weiterer Verständigung mit jenen Herren in Verbindung treten. Genehmigt wurde ferner die Einrichtung von Heilkurien für kranke Kinder und die Festsetzung des Gehalts für den Direktor der höheren Mädchenschule von 5100 M., steigend bis auf 7200 M., sowie die auf 1000 M. festgesetzte Mietentschädigung für diesen Herrn.

**Schöneberg.** Als dringendes Bedürfnis scheint sich der hiesige Arbeitnachweis herauszustellen. Es haben sich nämlich an erwachsenen Arbeitnehmern nicht weniger als 801 (674 männliche, 127 weibliche) und 82 jugendliche unter 16 Jahren alte Arbeitskräfte, zusammen 883 mit Stellungsgelegenheiten gemeldet. Davon waren 100 gelehrte Arbeiter und Lehrlinge, 454 ungelernete Arbeiter, 50 Arbeiterburgen, 54 Hausdiener und 44 Aufseher. Angebote von Arbeitgebern waren 656, von denen 585 (369 für männliche und 216 für weibliche) auf Erwachsene und 71 auf jugendliche Arbeiter fallen. Erledigt wurden 616 Angebote.

**Ueber die beiden „Höhlenbewohner“**, welche von der Schöneberger Polizei erwidert worden sind, haben die Feststellungen nach folgendem ergeben: Der Mann ist schon lange Privatwächter für die dortigen Lauben und hat die Kaderzelle, auf welcher er sich die Höhlenwohnung eingerichtet hat, seit längerer Zeit im Besitz. Doch sollen ihn und seine alte Frau, wie er behauptet, die Verhältnisse zu dem Hundeleben, das er thätig seit ca. zwei Jahren in der Höhle geführt hat, gedrängt haben, nachdem er früher in Schöneberg gewohnt. Die außerhalb der Höhle festgelegten vier Hunde dienten als Wächter für die Laubenzelle, während die in der Höhle vorgeschundenen Schweine den Leuten nur sozusagen „in Pflege“ gegeben waren. Sie sellten zum Herbst verkauft werden, und das Edele sollte dann für die Auffütterung eines gewissen Projontlay aus dem Erlös für die Tiere erhalten. Das Pferd aber, welches ebenfalls in dem Höhlengelaß unterkunft fand, benutzte der Mann dazu, mittels eines in der Nähe der Höhle stehenden alten Wagens Gelegenheitsfahrten anzuführen. Die Kleidung der Leute war natürlich in einem ihrer schäuderhaften „Wohnung“ entsprechenden Zustande. Wie es heißt, sollen beide recht rüßig sein. Die Leute sind von der Polizei einzuweilen noch in ihrem Domizil gelassen worden, doch werden sie dieses nun sehr bald auf Grund polizeilicher Verfügung zu räumen haben.

**Einen Aufruf zur Einrichtung einer Volksschule** in Schöneberg erlassen eine Anzahl Damen der dortigen Bürgerchaft. Auch unsere bekannteren Parteigenossen haben eine Einladung zu einer am Donnerstagsnachmittag 5 Uhr stattfindenden Versammlung erhalten.

**Die Leichnam** der ausgegrabenen Leiche des Brauereibesizers Zeidler hat gestern nachmittag in Steglitz stattgefunden. Der Reichsanwalt Staatsanwalt Dr. Eken nahm sie in Gegenwart einer Gerichtskommission vor. Einzelne Magen- und Herzteile wurden dem Gerichtsmediziner Dr. Zeierich zur genaueren Untersuchung auf Witt übergeben. Erst nach dieser Untersuchung wird man die Frage, ob Zeidler eines natürlichen Todes gestorben ist oder nicht, mit Sicherheit beantworten können.

**Ueber eine Ungehörigkeit eines Krankenlaffen-Beamten** was uns aus Adlershof berichtet: Ein kränklicher Arbeiter, der infolge von Lohnstreitigkeiten bei einem Tischlermeister die Arbeit niedergelegt hatte, ging kürzlich zum Bureau der Ortskrankenkasse in Adlershof, weil er sich von neuem in ärztliche Behandlung geben mußte. Der Kassendame empfahl dem Mitgliede dringend, zu einem Dr. F. am Orte zu gehen, der werde ihn schon kurieren. Er solle auch ein Empfehlungsschreiben an den Arzt mit auf den Weg bekommen. Dies Schreiben hatte folgenden Wortlaut: „Herrn Dr. F. weil der ... zu wenig Lohn (27 M. die Woche) bekommt, hat derselbe die Arbeit niedergelegt und zum Arbeitgeber gesagt, er werde sich lieber krank melden. Ergebenst Georges.“

Erst nach mehrfachen Bemühen gelang es dem Arbeiter, einen Schein zu bekommen, der auf einen anderen Arzt lautete als den, der nach Meinung des Kassendame sich so lebhaft für die Umstände, unter welchen der Kranke die Arbeit niedergelegt hat, interessierte.

**Spanden.** Die Pflasterfrage: ob Asphalt, ob Reihenspflaster, ob alte abgelegte Berliner Steine etc. ist von vielen Stadtvätern immer noch nicht gelöst. In letzter Zeit beschäftigt sich die städtische Verwaltung mit der Frage, ob eine noch wenig bekannte Pflasterart, der „Cement-Macadam-Fahrbahn“, brauchbar genug ist, für die Reupflasterung der Spandauer Straßen eingesetzt zu werden. Der billige Pflasterungspreis (7 bis 10 M. pro Quadratmeter) verspricht ja, unsere Stadt aus allen Geldkalamitäten zu retten. Die von der eingesetzten Stadtverordneten-Kommission vorgenommene Beschichtigung der mit Macadam belegten Versuchsstrecken in Berlin und Steglitz hat jedoch ein abschließendes Urteil über die Brauchbarkeit dieser Pflasterart noch nicht ermöglicht, weshalb die Kommission nach Leipzig und Dresden reisen wird, um dort entsprechende Erkundigungen einzuziehen.

**Rixdorf.** Der Magistrat hat beschlossen, den Inspektor der städtischen Anstalt, Herrn Niemann, zum Direktor zu ernennen. Ferner soll Herr Baumeister Sorge zum Stadt-Bau-Inspektor und der Magistratssekretär Rier zum Obersekretär ernannt werden.

In der Gefellenstube des Bädermeisters Reimer, Rainzerstr. 2, haben in der Nacht zum Montag Diebe gehandelt. Die sämtlichen Kleidungsstücke und Besten der beiden Gefellen des Herrn Reimer sind gestohlen worden. Von den Dieben, die die Thür wahrscheinlich mittels Nachschlüssels geöffnet haben, fehlt bisher jede Spur.

### Vermischtes.

**Die Ermordung des Fräuleins Helene Streich** in einem Acker Ballsaal, über die wir gestern berichtet haben, wird immer rätselhafter und unheimlicher. Man schreibt dem „Berl. Tagebl.“ darüber aus Kiel: Inger dem Apotheker Pflüger, einem Sohn des

Professors Pflüger in Göttingen, soll noch ein junger Mann aus „besseren Kreisen“ wegen Verdachts des Mordes verhaftet worden sein. Die Spuren am Thore deuten darauf hin, daß der Mörder einen Complicen gehabt hat. Der verhaftete Pharmaceut bestreitet jegliche Schuld und behauptet, daß er sich in der Wirkmacht in der Holsten-Apothek aufgehalten und Nachdienst gehabt habe. Er giebt zu, daß er mit der Ermordeten in Beziehung gestanden habe. Das junge Mädchen war Anfangs geneigt, die Gewerthung des Pflüger anzunehmen. Die Eltern waren jedoch gegen diese Verbindung, und Fräulein Streich beabsichtigte, das Verhältnis zu lösen. Am Tage vor dem Mord, am letzten Sonntag, richtete Pflüger brieflich die flehentliche Bitte an das junge Mädchen, ihn nicht zu verlassen! Eine Hausführung bei dem Verhafteten führte zur Entdeckung eines Revolvers, der noch mit mehreren Kugeln geladen war. Die Waffe ist dem Wächermacher Benz übergeben, um festzustellen, ob fürlich ein Schuß aus derselben abgefeuert ist. Pflüger wurde gestern in den akademischen Heilanstalten an die Leiche der Ermordeten geführt; er blieb vollkommen ruhig. Die Kaltblütigkeit der oder des Mörders kennzeichnet die Thatfache, daß die Kothür, vor welcher Fräulein Streich und ihre Mutter saßen, mehrfach angebohrt war. Die Atten-täter waren im Hande, durch die Bohrlöcher den ganzen Saal zu übersehen und ihr Opfer genau ins Auge zu fassen. Die Kugel ist von oben der jungen Dame ins Herz gedrungen. Der Wachen zeigte nur wenige Blutstropfen. Da die neben der Ermordeten liegenden keinen Anlaß gehört haben, dürfte eine Leichnamspiste als Mordwaffe gedient haben. Es soll bereits der Antrag gestellt worden sein, den Apotheker Pflüger aus der Haft zu entlassen.

**Am Rhein** sind, wie aus Köln gemeldet wird, gestern durch starken Schneefall zahlreiche Verkehrsstörungen entstanden.

**Untergang eines Steiner Dampfes.** Aus London wird dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet, daß der Steiner Dampf „Hermann Köppen“, von Shields mit 1500 Tonn Kohlen nach Marseille unterwegs, bei Albenen an der Nordküste Frankreichs untergegangen ist. Alle Personen, die sich auf dem Dampf befanden, wurden gerettet.

**Eisenbahn-Unfall.** Auf der Station Reichenhain der Grimma-Rendtorfer Bahnlinie entgleiste infolge Auffahrens auf eine Rangier-maschine ein Personenzug. Zwei Wagen wurden total zertrümmert; die Geleise wurden gesperrt. Personen sind nicht verletzt.

**Aus Gabeln** wird berichtet: Nach wiederholten Anfechtungen der Gabeln wurde der 18jährige Sohn des hiesigen Bürgermeisters Heinrich auf offener Straße von Gabeln überfallen und durch Messer-stiche schwer verwundet. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist ungeheuer.

**In Petersburg** ist gestern ein Meteorologen-Kongress eröffnet worden.

### Marktpreise von Berlin am 5. Februar 1900

nach Ermittlungen des hies. Volksgewerksamts.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen	15,10	14.-	Schweinefleisch	1 kg	1,60
Roggen	14,20	13,70	Kaltfleisch	1 kg	1,80
Hafer-Gerste	13,90	13.-	Baumfleisch	1 kg	1,60
Hafer gut	15.-	14,20	Butter	1 kg	2,60
mittel	14,10	13,30	Bier	60 Stck	6.-
gering	13,20	12,50	Kartoffeln	1 kg	2,20
Rindfleisch	4,16	3,82	Kale	1 kg	2,80
Schweinefleisch	7.-	4,70	Janber	1 kg	2,10
Hühnerfleisch	40.-	25.-	Recht	1 kg	1,80
Gänsefleisch	45.-	25.-	Parade	1 kg	1,60
Kaviar, neue	70.-	30.-	Schleis	1 kg	2,80
Rindfleisch, neue 1 kg	7.-	5.-	Biere	1 kg	1,40
do. Band	1,00	1,20	Recht	per Schot	12.-
do. Band	1,20	1.-			

\*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle des Reichs-Land-wirtschaftsamts - Notierungsscheine - und umgerechnet vom Volksgewerksamt für den Tagesmarkt. \*\*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt** vom 6. Februar. Getreide. Heute folgte auf den gestrigen matten Verkehr bei sehr ruhigem Geschäft eine weitere Abschwächung der Preise für Weizen und Roggen um je 50 Pf. In den schwächeren Sortenungen in England und Nordamerika gestiegen sich günstige Sortenhandelsberichte aus Russland, wo die Saat gut in Winter gekommen und gegen härteren Frost durch reichlichen Schneefall geschützt ist. Das Inlandsangebot war wiederum bedeutend. Auch orienterische Amerika-Kartoffeln 1,50 M. billiger. Hafer liegt still, nominell vorrathlos. Rindfleisch behauptet.

Aus Berlinmarkt waren Angebot und Nachfrage gering. Es wurden 15 000 Puer oder loco mit 47 M. umgelegt.

### Witterungsübersicht vom 6. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in °C
Stettin	752,9	2 DNH	-1	1	Hoyasando	753,9	2 wolkenl.	-26	
Danzig	754,9	3 Nebel	-1	1	Petersburg	754,9	3 Nebel	-1	
Berlin	751,5	3 Nebel	2	1	Wars	760,9	4 Nebel	-1	
Hildesheim	749,5	3 Nebel	2	1	Kopenhagen	760,9	3 Nebel	-1	
München	749,5	3 Nebel	2	1	Paris	749,9	2 Regen	5	
Wien	750,5	3 Nebel	3	1					

**Weiter-Propose für Mittwoch, den 7. Februar 1900.** Gewas fester, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahlung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

**Die juristische Sprechstunde** findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

**Heinrich.** Wir gratul. Solche Sachen lassen sich schwer bemerken. Erläutern Sie den betreffenden Rektor um Auskunft. Natürlich vorzüglich, da sonst die Kinder den Schaden davon hat.

**R. G.** Wir haben bereits gemerkt, dieser Kaffe bezuziehen. R. G. Gar kein Fleisch. Wafersuppe mit Brot und etwas dünner Milch.

**J. J.** Es ist verboten, in neutralen Ländern, also auch in Deutschland, Soldaten für einen der in Südamerika Krieg führenden Staaten zu werden. Es ist daher keine Gelegenheit vorhanden, um unentgeltlich zu fördern zu werden.

**Schmidt, Schmelzerstraße.** Die Länge der Reichsstraße ist die bei Grundens. Sie ist 1143 Meter lang. Die berühmteste Reichsstraße ist die prächtige Gitterstraße bei Dresden.

**R. E.** 1. Sie können solchen Antrag beim Vormundschaftsgericht stellen. 2. Dadurch, daß die Mutter des von Ihnen erzeugten Kindes sich weigert die zu betreten, werden Sie von Ihrer Pflicht zur Alimentenzahlung nicht befreit. Ebenjowenig haben Sie ein Recht der Verheiratung der Mutter mit einem andern zu widersprechen. — T. C. D. Der ordentliche Tagelohn für Berlin beträgt für ermordete männliche Arbeiter 2,70, für weibliche 1,50, für jugendliche männliche Arbeiter 1,30, für jugendliche weibliche Arbeiter gar nur 1 M. Die Stadt Berlin zahlt für eine Reihe von ihr beschäftigten Arbeiter weniger als den ordentlichen Tagelohn, freilich zahlt sie für den Oberbürgermeister rund 100 M. und will für den Bürgermeister und 50 Mark Tagelohn zahlen. — W. W. Nachmannstraße, 1. Rein. 2. Ja — R. J. 73. Die Verpflegung der Gemeinden zum Kirchenbau und dergleichen ist nicht einheitlich in Deutschland geregelt. Es gelten darüber eine Reihe verschiedenartigster einzelstaatlicher Gesetze und sehr freistellig provisorischer Statuten. Welche Vorschriften für den Sie interessierenden Teil Brandenburgs in Betracht kommen, können Sie nur bei einem dortigen Sachverständigen erfahren. — R. 53. Sorgen Sie sich mit dem Vorstand Ihrer Klasse direkt in Verbindung; die meisten Berliner Klassen haben für solche Fälle besondere Vereinbarungen im Interesse der Angehörigen getroffen. — R. V. 66. 1. Die Kündigung tritt in Ihrem Fall sofort ab dem ersten des Quartals. 2. Das Heißgeld muß, falls nicht andies vereinbart ist, zurückzahlen werden. — C. D. Turmstraße. Ihre Witvin konnte zu der Annahme der Sachen nicht gezwungen werden; mit einem Anbruch auf Sabenderstag können Sie daher nicht durch. — R. Schreus. 1. Ja. 2. Sie müssen eine Ausfertigung der Vertheilung unter Angabe der demaligen Zeit des Austritts beantragen. 3. Ja. 4. Rein. —

# Achtung, Parteigenossen!

Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr:

## 19 öffentliche Volks-Versammlungen.

- 1. Kreis:** Cohns Festsäle, Beuthstr. 20.
  - 2. Kreis:** Bickels Festsäle, Hasenheide, 52-53.  
Gohmanns Konzerthaus, Kreuzbergstr. 48.
  - 3. Kreis:** Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
  - 4. Kreis, Osten:** Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.
  - 4. Kreis, Südosten:** Restaurant zur Prachenburg,  
An der Schlesischen Brücke.  
Faussonci, Kottbuserstr. 4a.
  - 5. Kreis:** Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-29.
  - 6. Kreis:** Moabit: Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81.  
Wedding: Rabes Salon, Kolbergerstr. 23.  
Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt: Mündner, Bergstr. 12.  
Gesundbrunnen: Ballschmieders Kastanienwäldchen, Badstr. 16.  
Schönhauser Vorstadt: Schönhaus. Volksgarten (J. Mierke), Schönhauser Allee 101.
- Lichtenberg - Friedrichsberg:** Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 120.
- Köpenick:** Kaiserhof, Grünstraße.
- Rixdorf:** Apollo-Theater, Hermannstr. 48-49.
- Schöneberg:** Klubhaus, Hauptstr. 5-6.
- Stralau - Rummelsburg:** Café Bellevue, Hauptstr. 2.
- Weissensee:** Albrechtshof, Parkstr. 13.

Tagesordnung:

## Die Flottenvorlage.

Diskussion.

Referenten:

**Bebel, Bruns, Calwer, Fischer - Berlin, Fischer - Sachsen, Gradnauer, Heine, Herzfeld, Kunert, Liebknecht, Metzner, Pfannkuch, Reisshaus, Rosenow, Singer, Schippel, Stadthagen, Wurm, Zubeil.**  
Die Vertrauensleute.

## Achtung! Charlottenburg Achtung!

Donnerstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr:

## Grosse Protest-Versammlung

im Lokal der „Gambrinus-Brauerei“, Wallstr. 94.

Tagesordnung: 1. Die Flottenvorlage. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Rosenow**. 2. Diskussion.

Der Vertrauensmann.

Frühstücks-Suppen  
Gemüse- und Kraftsuppen  
Bouillon-Kapseln  
Suppen-Würze

**MAGGI**

**Dr. Simmel** Moritzplatz,  
1. Haus v. Aschinger  
2 Treppen rechts  
Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

## Vom Guten das Beste!

ist **Carola-Kaffee**, denn 1 Theelöffel Carola-Kaffee

genügt, um sich 2 Tassen vorzüglichen gesundheitlich zuträglichen Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet 1/2 Pfund Carola-Kaffee nur 30 Pfg. Überall zu haben.

## Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2.  
Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Berufshilfe.  
3575L

Sprechstunden 9-2, 5-9.  
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Donnerstag, den 8. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner - Versammlung**  
der Stellmacher  
im Lokale des Herrn Wörchel, Jüdenstraße Nr. 35.

Tages-Ordnung:  
Die verbessern wir unsere Lage?  
Aus jeder Werkstatt muß ein Kollege vertreten sein!

## Drechsler.

Die Vertrauensmänner-Versammlungen fallen heute, Mittwoch, aus, sie werden am Mittwoch, den 11. Februar, in den bekannten Lokalen abgehalten.

## Achtung! Kleber. Achtung!

Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffent. Versammlung**  
bei Pastor, Julestraße Nr. 10.

Tages-Ordnung:  
1. Wann wollen wir streiken? 2. Dieß ist ein Blick eines jeden Kollegen ist es zu erscheinen. Die Werkstätten von Wilm 93 d. r. u. K. A. u. d. a. h. sind besonders eingeladen.  
Die Zahlungen befinden sich für Sieden, Wenden u. Centrum bei Finzer, Schützenstr. 18/19; Süd-Ost bei Stephan, Wendenstr. 31; Nord-Ost bei George, Frankfurter Allee 70; Norden bei Süderneygel, Sudenstr. 133.  
Die Lokalkommission.

## Achtung, Bauarbeiter!

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Mitglieder - Versammlung**  
im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen.

## Männer-Vortrag

Morgen, Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, Bülowstr. 37/40, Königshof, über: **Männerleiden.**

Der Vortrag wird vom prakt. Naturheilkundigen **Grundmann** an gr. Anschaulichkeit erklärt und ist für Männer sehr wichtig. Für 20 Pf. eine Broschüre.  
**Berliner Verein für Naturheilverfahren.**  
Geschäftsstelle: Köpenickerstraße 72, Brüdenstraße.  
Sprechstunden 11-2, 6-8, Sonntag 11-12.

## Für Maurer- oder Zimmerpoliere.

Kleine Banstellen auch Ecken mit genehmigter Zeichnung in **Schöneberg** mit oder Bausgeld billig zu verkaufen.

Reklamationen wollen ihre Adresse abgeben sub **G. 2** in der Exp. d. Bl.

Mit dem Versand unsres rühmlichst bekannten **Kloster-Bock-Bieres** haben wir begonnen und liefern wir frei Haus:

28 <sup>3</sup>/<sub>10</sub> Liter-Flaschen für 3 M.  
1 <sup>1</sup>/<sub>10</sub> Tonne für 3,50 M.

Bestellungen erbittet **Aktien-Brauerei-Gesellschaft „MOABIT“**  
Berlin NW. [1072b]  
Fernsprecher Amt II. No. 127 und 676.

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Haus Aschinger).  
Bühne 2 M. Hamb. v. 1,50 M. Zahnziehen 75 Pf. Teilzahlung. Sprech. 8-6.

## Masken-Garderobe

verleiht billig  
größt. Institut C. Frommholz  
Glasherstr. 78, Ecke Ackerstr.  
Reizende Saison-Kleidchen. Damen- u. Herrenkostüme in Maß v. 1,50 M. ab.  
Bereinen bedient. Ermäßigung.

**ZAHNSCHMERZ** hohler Zähne beseitigt sofort **KROPP'S Zahnworte** (20% Carvacrol) in pharm. Flasche 500 zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen!

**Falbe,**  
44. Elsassstr. 44.  
Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Berufshilfe.  
Sprech. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-1.  
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz. 34540

**Dr. med. Schaper,** homöop. Arzt, Spezialarzt für **Haut- u. Harnleiden** Frauen-Krankheiten.  
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.  
Homöopath. Poliklinik:  
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstraße 114, 1.

## Ein donnerndes Hoch unserm Kohltöpf!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Luisa Zillmann**, geb. Lisch, am 5. Februar, nachm. 5 1/2 Uhr, nach langen Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch 4 Uhr vom Trauerhause Christenburgerstr. 25 aus, auf dem St. Marien-Friedhof, Verlosener Allee, statt.  
Der trauernde Gatte  
**Karl Zillmann** nebst Kindern.

## Todes-Nachricht.

Am 5. d. Mts. verschied nach langen Leiden mein Mann, unser Vater, Großvater und Schwelger Vater, der Stuccatur

## Carl Daschütt

im 64. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Verlosener Allee des Anstaltshauses (Christenburgerstr. 25) aus, auf dem St. Marien-Friedhof, Verlosener Allee, statt.  
Die Hinterbliebenen.

## Für die bei der Beerdigung unfrei

lieben Sohnes und Bruders, des Schriftstellers **Moritz Wallnig** bewiesene Teilnahme, sagen allen Verwandten, Freunden und Kollegen des Verstorbenen unsern herzlichsten Dank.  
**Familie August Wallnig.**

## Wer sich für nur 30 Pf.

allerhand schöne und praktische Sachen, wie Taschentücher, Kattunhemden, Scherren, Tischmesser und Gabeln, sowie Hand- und Küchengerät etc. erwerben will, sende seine Adresse unter **A. J. 20** an den **Deutschen Inseraten-Verband**, Röll. a. M. 3887L.  
Für die Reklamtät dieser Anzeige übernehmen wir jede Garantie.

## Reinigungszimmer.

50 Personen, 1 Tag in der Woche u. Sonntag zu vergeben (H. Böhme), Neue Hochstraße 49. [2371b]

## Wem seine Pflanzen lieb sind

dänge nur mit **Hallmayer's Pflanzendünger.**



Mit obigen Schutzmarken versehen, sonst Packete für 15 P., 25 P., 40 P. u. 50 P. in Drogen-, Material-, Waren-, Blumen- u. Samen-Handlungen.

**Hans Kayser**  
Gärtner Bahnhof, Platz 6.  
Eigentliche Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

## Maskengarderobe

von **Adolf Runge**,  
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075,  
empfiehlt den Besuchern seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage, Grobes Lager von Sammet-Kaufzügen.

## Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheiten, Heilt sicher ohne Berufshilfe (34440)  
**R. Wagner**, Wallstraße 23, 9-2, 3-9, 2, 9-2

## Ausverkauf

wegen Berufswechsels!  
Uhren u. Goldwaren  
spottbillig.

**Georg Wagner**,  
Skalitzerstr. 126  
(nahe dem Kottbuser Thor).

## Brauerei Germania Aktienges.

in ca. 70 eigenen Lokalen

**Bockbier** <sup>4</sup>/<sub>10</sub> Liter 10 Pf.

<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Tonne 3,50. 1 Flasche <sup>1</sup>/<sub>10</sub> Liter 10 Pf.

15 Flaschen <sup>4</sup>/<sub>10</sub> Liter 1,50  
frei Haus.

3631L • Telephon VII 2645. 9





Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, 7. Februar.  
Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leipzig. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Faust. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
Renee. Rode Kump. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der zerbrochene Krug. Hierauf: Amphitryon. Anfang 8 Uhr.  
Weissen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Kinna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Carl Weis. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmstädisches. Ein gefundener Junge. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Palast. Spezialitäten. Vorstellung. Der seltsame Zwiebelmann. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage. Panoptikum. Spezialitäten. Vorstellung.  
Urania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sternwarte.  
Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Prof. Dr. Budde: "Die Anschauungen über Elektrizität".

**Central-Theater**  
Direktion: José Forczyk.  
**Die kleine Excellenz.**  
Operette in drei Akten von Richard Heuberger.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.  
Sonntagmorgens 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**  
Operette von G. Mülller.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der zerbrochene Krug.**  
Aufspiel in 1 Akt v. Scher. v. Kleist.  
Hierauf: **Amphitryon.**  
Aufspiel in 3 Akten nach Plautus von Heinrich von Kleist.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Freundvoll und leidvoll.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmale: **Fröschweiler.**  
**Thalia-Theater.**  
Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.  
Täglich:  
Noch nie dagewesener Posse.  
Erfolgreich!  
**Zur Himmelhof.**  
Thomas, Thielcher, Helmerding, Junfermann, Pantlhafer, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Novität!  
**Die Jagd nach dem Glück**  
oder: **Die Diebin.**  
Realistisches Lustspiel mit Gesp. in 7 Bildern von Carl Weiss. Musik von V. Hall. Anfang 8 Uhr.  
Borgungsstück haben Gültigkeit. Im Tunnel u. 7 Uhr ab Freikonzert. Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonabendmorgens 11 Uhr: Kinder- vorstellung. **Wohltätigen.** Märchen- spiel mit Gesp. und Tanz in sechs Bildern von W. H. Lang. Kl. Preise.

**Cirkus Schumann.**  
Heute, Mittwoch, den 7. Februar etc. abends präc. 7 1/2 Uhr.  
Zum 5. Male:  
**Dr. Faust.**  
Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Abteilungen mit reitender Benutzung des Heinrich Heineschen Tanzpoems gleichen Namens und des Simrock'schen Volksbuches, von August Staudt. In Szene geht von Direktor Albert Schumann und Hof- Balletmeister Stams. Regie: Ballet- meister Reisinger. Musik von Gen. 1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust, Schluss des Aktes: Im Reiche der Liebe. 2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert endet mit der Einführung des Dr. Faust. 3. Akt: Die Herzogin von Parma; darauf folgend der Hexensabbat auf dem Blocksberge.  
**Fausts Höllenfahrt.**

**Metropol-Theater**  
Behrenstrasse 55/57.  
Sollständig neues Februar- Spezialitäten- Programm.  
**Mlle. Sidley. Miss Dejo.**  
**Les Arbras. Les Vincentina.**  
**Allison-Truppe.**  
**Lilke Carlsen.**  
Um 9 Uhr 30 Minuten  
**Die verkehrte Welt**  
mit der feendlichen Truppen-Musik. Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr abends.  
**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 23  
Großer Erfolg des neuen **Februar-Programms.**  
Erfolgreiche Spezialitäten.  
Neu! Szenen vom Neu! Kriegsschauplatz in Transvaal. Um 8 1/2 Uhr! Novität! Großer Beifall! Direktor Rich. Winkler u. W. H. Fröbel in der vorläufigen Gastspiel-Burleske:  
**Der seltsame Zwiebelmann.**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverkauf p. 11-1 Uhr. Sonnabend nach der Vorstellung **Tanz.**  
Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz für die deutsche Soubrette Helene Voss. Einmalige Aufführung „Im weißen Rößl“.

**W. Noacks Theater.**  
Brammstr. 16.  
Heute, Mittwoch, den 7. Februar:  
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.  
Donnerstag:  
**Goldene Berge.**

**Apollo-Theater.**  
Um 9 Uhr abends:  
**Im Reiche des Indra.**  
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.  
Um 1/8 Uhr: **La Fagette.**  
Schwestern Serial. Dell Oro.  
**Acquamarinos.**  
Hill u. Hall. Diamantine.  
Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. etc.  
**Der Kosmograph.** neueste Aufnahmen aus dem Transvaal- kriege.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

**Metropol-Theater**  
Behrenstrasse 55/57.  
Sollständig neues Februar- Spezialitäten- Programm.  
**Mlle. Sidley. Miss Dejo.**  
**Les Arbras. Les Vincentina.**  
**Allison-Truppe.**  
**Lilke Carlsen.**  
Um 9 Uhr 30 Minuten  
**Die verkehrte Welt**  
mit der feendlichen Truppen-Musik. Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr abends.

**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 23  
Großer Erfolg des neuen **Februar-Programms.**  
Erfolgreiche Spezialitäten.  
Neu! Szenen vom Neu! Kriegsschauplatz in Transvaal. Um 8 1/2 Uhr! Novität! Großer Beifall! Direktor Rich. Winkler u. W. H. Fröbel in der vorläufigen Gastspiel-Burleske:  
**Der seltsame Zwiebelmann.**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Vorverkauf p. 11-1 Uhr. Sonnabend nach der Vorstellung **Tanz.**  
Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz für die deutsche Soubrette Helene Voss. Einmalige Aufführung „Im weißen Rößl“.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
11. Centenar-Vortrag.  
Prof. Dr. Budde: "Die Anschauungen über Elektrizität".  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Neu! Neu! Neu!  
**Ein Riese**  
der engl. chon Armes  
**Sergeant Th. Dalroy**  
2 m 30 cm hoch!  
Oberbayerische Sänger und Schuhplattler-Gesellschaft.

**Anatomisches Museum.**  
Im Passage-Panopticum  
geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr: Vortrag eines hiesigen Arztes: **„Ueber das menschliche Auge“.**  
Montag für Herren, Dienstag für Damen.

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger**  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entre 50 Pfennig.  
Sonderauf 40 Pf.  
**Großartiges Programm!**

**Teilzahlung** monatlich 10 Mk. liefert elegante Herrengarderobe u. Mod. Tomporowski, Schönebergstr. 16, II. an der Anhalterstr. (Nahm das Kassa billiger Preise.)

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Heute Mittwoch:  
**Keine Solree.**  
Morgen Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Stürmischer Beifall!  
**Präsident Krüger.**

**Cirkus Busch.**  
Heute, Mittwoch, den 7. Februar abends 7 1/2 Uhr: Elite Gala-Abend Zum 90. Male: **Die Camorra.** Menuette a cheval. Die grandiose Spezialitäten, nämlich: Der Feuer- prinz-Ms. Kivall etc. Die Ratweier- Krieger-Gruppe. Der phantasmagorische Signor Farina etc. etc.  
Kunstliche Zähne, 3 Mk. an, vor- züglich, feil, schmerzlos ein. Plombieren, Zahnarzt: Zahnziehen, Zahnst. des. Rep. fot. Goldstein, Dantzenstr. 123.

**Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21, Jahnstrasse 8.**  
Inhaber: Max Schindler. - Telefon: Amt IV Nr. 1132.  
Heute: **Großer Ball**  
als Spezialität: Pfannkuchenregen verbunden mit Schlangen- und Apfelsinen-Regen und diversen Ueberraschungen.  
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
Empfehle den geachteten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Verleumdungen und Festlichkeiten jeder Art. 33826\*

Ausschneiden und einstecken!  
**Die Stahlwaren- und Waffenfabrik von Friedrich Wilhelm Engels**  
in Nümmen-Gräfrath bei Solingen Nr. 211  
errichte ich, nachstehend abgebildetes **Schleichmesser** (gel. gefügt) mit zwei prima Stahlklingen und Korsettst. mit echt Silberhandhelt (schließt sich durch Druck auf die kleine Klinge Nr. 532). Preis **1,50 Mark**, zur Probe auf 3 Tage einzuliefern.  
Ich versichere mich, in dieser Zeit den Betrag zurückzugeben, oder, falls mir das Messer nicht gefällt, solches zurückzuschicken. Sollte ich aber entsprechende Nachbestellung auf Artikel Ihres Katalogs machen können, behalte ich das Messer als **Geschenk.**  
Ort, Straße, Hausnummer (deutsch):  
Name, Stand (recht deutsch):



Neuere Prachtstängel mit Nadeln, ca. 300 Zellen mit vielen Neuheiten v. Solingen Stahlwaren, Ausschauungsgeschäften, Gold-, Silber-, Zinnsachen, Pfeifen usw., verleihe an jedermann umsonst und portofrei.

# Tuch-Reste

die in unserer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Muster davon sofort franco.

## Lehmann & Assmy

### Tuchfabrik, Spremberg L.

Einzige Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Privatleute versendet.  
Schneidermeister, welche gern bereit sind, Anzüge anzufertigen, ohne dass der Stoff von denselben eptnommen wird, weisen an jedem größeren Platze nach.

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
**Gewerkschaft** mit großem Garten, Regeldahn, Saal usw. 16 zum Jubiläum zu verkaufen. Neu: Weisen, Grenzauer-Chauffee 3-4.  
**Passend für Parteinischen Neuhäuser**, 7 Jahre in einer Hand, fruchtbar, sofort zu verkaufen. Auskunft bei Wars, Rasthausallee 96.  
**Gutgehendes Material**, Holz und Gemüsegarten fruchtbar, sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt J. Reul, Bornimstraße 42.  
**Wasserkraft**, Rute 12 Mark, an der Hauptstraße von Birkenwerder nach Beitzfeld gelegen, verkauft Bloßfeld, Guntentstraße 21.  
**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1118\*  
**Vorjährige elegante Herren- paletots** und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.  
**Möbel**, bar und Teilzahlung, feinstg. Frankfurter Allee 110, I. Gee. Schützengasse 28.  
**Betten**, Strohbetten, Gardinen, Kleiderhaken, Bettwäsche, Handliche Reanderstraße 6.  
**Leppige**, Regulatoren, Remontier- uhrten, Bettwäsche, Handliche Reanderstraße 6.  
**Kanarienhäuser** und Weiden, Gedauer, Flugbauer und Gefang sind sehr billig, Brühl, Komman- straße 9. 1106\*  
**Kanarienhäuser**, fröhliche Weiden, edler Eisen, verkauft billig Blümel, Curzstr. 20, vorn II. 12668\*

**Damenbüsten**, Schreibische Vaden- tisch, Regale, Glühbirnen, Wiege- schalen, spottbillig. Hülz, Weiden- weg 13b. 2089b  
**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Postkarte. Dindner, Bernauerstraße 75. 1798\*  
**Nähmaschinen**, Bodip, Adler, Rüd. und Bornhardt, ohne An- zahlung, Postkarte. Fechner, Hufsch- straße 26. 763\*  
**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie, Postkarte: Fritz, Rügenstraße 25. Nähmaschinen- geschäft. 80.181  
**Kanarienvoller**, feinste Sänger, verkauft Restauration, Schöneberg, Bahnhofsstr. 25. 1128\*  
**Strohbetten** aus billigen Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. Rindner, hochherzlich, spottbillig, Gauselstr. 7, III. 1118\*  
**Leppige** mit Farbenjensen, Gardinen, Große Frankfurter- straße 9, parterre. 1118\*  
**Grüntragsgeschäft** mit Kollie, Polonierwaren, Feinung, folgende Spezialitäten billig verkauft: Montanstraße 114. 1106\*  
**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, rüd. und Bornhardt, ohne An- zahlung, Postkarte: Fritz, Rügenstraße 25. Nähmaschinen- geschäft. 80.181

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Intelligente**, treibende Arbeiter, welche Interesse für das Versicherungsg- weien haben, können sich guten Neben- verdienst verschaffen. Offerten sub W. 1 Exped. dieses Blattes. 3027b\*  
**Kunstschneider**, tüchtig, verlangt, Lützowstraße 88. 12259b  
**Schloßer**, welcher auf Schmitze ge- arbeitet hat, suchen Henniger u. Co., Alte Jakobstraße 106. 2265b\*

**Völsfelser** wird verlangt Henniger u. Co., Alte Jakobstraße 106. 2265b\*  
**Arbeitsmacher** verlangt. Greif- waldstraße 92, J. Behner. 1218\*  
**Tüchtige** Barockgoldler und eine Berggoldlerin verlangt C. Voers, Eulienstraße 28. 1106\*  
**Gedie** Arbeiterinnen auf gute Damenjackets verlangt Wagn, Dantzenstraße 108. 1106\*  
**Japan.** Tüchtige Arbeiterinnen auf Stoff-Japanen mittleren Grades, die bei sauberster Ausführung Polten liefern können, suchen sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Verbindung unter Vorlage von Probe- arbeit bei Ogler u. Fiedemann, Kur- straße 47/48, II. 12265b\*  
**Knaufkleber** Arbeiterinnen, Ball- und Wollschlachten auf Matrosen- und Jadenjackets verlangen mit Probearbeit Hübner u. Hübner, Leipzigerstraße 82. 2266b\*  
**Mamells** auf gute Damenjackets, 2,50 bis 3,50, verlangt. Charlotten- straße 28. 12258b

**Betriebs-Werkstatt.**  
Mamells auf Jacketts, hoher Lohn, Fahrverpflichtung, das ganze Jahr Arbeit, verl. H. Lau, Scharen- straße 9a II. (Altenhansstr.) 2202b\*  
Für unsere Messingabteilung suchen wir einen tüchtigen Messing- holer in dauernde Stellung. Schriftsteller Emil Garich, 26892 Ritterstr. 90.  
**Möbelpolierer!**  
Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei Labors, Rindor, Anlehstraße, im Anstand. Zug- fahrtshalten bitte 1153  
Der Vorstand des Verbande

**Achtung, Holzarbeiter!**  
In der Möbelfabrik von Baumgärtner, Friedrichsberg, Himmelsstraße 27, haben sämtliche Tischler wegen Abgabe die Arbeit niedergelegt.  
In der Tischfabrik von W. Meosinski, Rantzau 14, sind die Tischler und Polierer aus- gegeben, da dieselben eine Fabrik- erhebung mit Streikgebern und Rastlos- tischen nicht anerkennen wollten.  
**Zug fernhalten.**  
Die Crüderverwaltung.  
**Achtung! Drechsler!**  
Von 8. Maschinenfabriken von Sabil u. Comp., Götterstr. 29 Goldschmidt u. Comp., Rindor 40 Koffel u. Fleischer, Rindor 7, 14 Zug fernhalten.  
Die Crüderverwaltung.  
**Konsumverein Berlin-Nord**  
Inhalt zum Antritt per 15. März d. J. einen tüchtigen Lagerhalter, welcher mit dem Konsumverein wächtig vertraut ist, und eine Verkäuferin zum Antritt per 1. März d. J. Offerten mit Gehaltsansprüchen etc. sind bis 15. Februar cr. an H. Grashoff, Tunderstr. 83, zu richten.  
Der Vorstand: H. Grashoff, H. Schäfer.  
**Meistergesuch.**  
Suche für meine Holzwaren-Fabrik (Zubehör) einen tüchtigen orientierten Meister für Spezialarbeiten. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehalts- ansprüchen erbeten unter A. S. 353 an Rudolf Mosse, Magdeburg.